

Riesner Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Postamt: Kopsblatt Riesa.
Poststr. 20.

Postamt: Bismarck 2100.
Poststr. Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 55.

Freitag, 7. März 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt monatlich 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, monatlich 1.20 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 19 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 20 Pf. Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Beste Karte. Vermittelter Absatz erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteiljährliche Unterhaltungsgebühr, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Wintersich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Zucker für Bienenzüchter.

Das Reichsernährungsamt hat auch in diesem Jahre für Bienenzüchterzwecke Zucker zur Verfügung gestellt, der in Höhe von 1,5 kg im Frühjahr und in Höhe von 6 kg im 1. Augusthälfte des Jahres für jedes Volk zur Verteilung gebracht werden soll, für das Zucker bestellt worden ist. Die Lieferung des Zuckers wird davon abhängig gemacht werden, daß bis zum 15. Juli 1919 eine noch näher zu bestimmende Menge Honig zur Versorgung der Völker zur Ablieferung gebracht wird. Erwägungen darüber, ob die Herbstlieferung auch von der Lieferung einer gewissen Menge Bienenzucker abhängig zu machen sein wird, sind noch nicht abgeschlossen. Die Zuckerbestellungen werden ebenso wie die Zuckerlieferungen auch in diesem Jahre wieder durch die Bienenzüchtervereine und den Bienenzüchtereigenen Hauptverein in Rauschdorf bei Elstra vermittelt werden und zwar nicht nur für die Mitglieder der Bienenzüchtervereine, sondern auch für diejenigen Imker, die keinem Vereine angehören. Sie haben sich wie im Vorjahre wegen Verteilung und Empfangnahme des Zuckers an den für ihren Ort zuständigen Bienenzüchterverein zu wenden.

Diesem Imker, die für ihre Völker Zucker beziehen wollen, haben bis frühestens den 10. März 1919 die Zuckerbestellform bei dem für ihren Wohnort zuständigen Imkerverein abzuholen. Das Vorhandensein der entsprechenden Anzahl Bienenzücker ist auf dem Bestellform durch die Gemeindebehörde festzustellen zu lassen. Die Gemeindebehörden erhalten hiermit Anweisung, entsprechenden Anträgen stattzugeben.
Großenhain, am 5. März 1919.
Der Kommunalverband.

Eier betreffend.

Auf den Wochenabschnitt vom 10.—16. März 1919 der Eierkarte kann pro Kopf 1 Stück der vom Kommunalverband eingelegten Eier ausgegeben werden. Der Verkauf findet durch die gegenwärtigen Verkaufsstellen für Inlandsener statt. Diese haben die Eier von den Einzelstellen und zwar für Großenhain und Umgebung in der Brauerei Berndt, Hiesleben, für Rodewitz und Umgebung von Frau Vinn und Schmidt, Hiesleben abzuholen. Der Verkauf der eingelegten Eier in Riesa findet durch die Volkseigenen Verkaufsstelle statt. Die baldige Verwendung der Eier im Haushalt erscheint geboten. Die Abgabe an die Verbraucher hat von den Verkaufsstellen zum Preise von 43 Pf. gegen den oben genannten Abschnitt der Eierkarte zu erfolgen. Die Verkaufsstellen haben nach Ablauf der obigen Woche der Amtshauptmannschaft — Eierstelle — auszuliefern, wieviel Eier sie von den Einzelstellen erhalten und wieviel sie an Verbraucher abgesetzt haben. Die entsprechende Zahl der Eierkartenabschnitte ist mit beizulegen. Die Verkaufsstellen haben etwa entstandene Kosten bei dem Veranlasser der Eier dabei mit hierher zu melden. Der Verkauf von frischen Inlandsener hat in der Woche vom 10.—16. März zu unterbleiben.
Großenhain, am 5. März 1919.
351417.
Der Kommunalverband.
Eierkarten werden Sonnabend, den 8. d. M., von vorm. 8—9 Uhr an stillende Mütter und schwangere Frauen im Gemeindevorstand abgegeben.
Weißa, am 7. März 1919.
Der Gemeindevorstand.

Arbeiterräte und Arbeitsräte.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Der große Kompromiß zwischen Demokraten und Sowjetismus ist eingeleitet. In Verhandlungen einer Abordnung der Berliner Arbeiteräte mit der Regierung in Weimar ist eine Reihe „wesentlicher Absichten“ festgelegt worden. Die erste Gruppe dieser Absichten besteht aus den Arbeiteräten. Es ist geplant, diese Räte in der Verfassung von Weimar zu verankern. Das Ergebnis der oben erwähnten Weimarer Verhandlung trägt nicht nur sachlich einen deutlichen Kompromißcharakter, sondern kennzeichnet weiter in der unklaren Abfassung und im Schwanken der Ausdrücke (Arbeiterräte und Arbeitsräte) die Unklarheit eines Zustandekommens, wenn nicht gar eine gewisse Unklarheit und Vordringlichkeit. Die Grundgedanken des Abkommens, mit dem sich — wie man hofft — auch die am Mittwoch in Weimar eintreffende Berliner Streikleitung einverstanden erklären wird, sind etwa folgende:

Die Räte sollen kein Parlament neben oder gar über der Nationalversammlung bilden. Sie werden vielmehr ausschließlich im Wirtschaftsleben eine Rolle spielen. Dort allerdings soll ihnen ein weites Feld der Betätigung angewiesen werden. Es sollen in den Einzelbetrieben bei der Regelung der allgem. Arbeitsverhältnisse mitwirken. Diese Betriebsräte sollen in doppelter Weise zusammengefaßt werden, und zwar 1) nach Erwerbszweigen (Branche), 2) territorial (also etwa nach Kreisen, Bezirken, Provinzen usw.). Als oberstes Gremium soll ein „Centralarbeitsrat“ wirken. Dieser Zentralrat soll bei Sozialisierungsmaßnahmen (also in der Exekutive) mitarbeiten, das Recht der Gesetzesvorlage (also Initiativrecht) besitzen und wirtschaftliche oder soziale Gesetzentwürfe begutachten dürfen (also ein Mitbestimmungsrecht genießen). Bei allen diesen Bestimmungen kommt es wesentlich auf das „Wie“ an. Als unbedingt sicher ist nur das eine anzusehen: Die Vorarbeiten für diese Probleme, ihre Festlegung in einer Reihe verwickelter, umfangreicher Gesetzentwürfe und ihre Beratung durch die gesetzgebenden Faktoren, Staatenausschüsse und Nationalversammlung, wird Monate dauern. Würde der Generalstreik — der ja zur Durchführung des Rätegesetzes interniert worden ist — bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung der Rätefrage andauern, so wäre der Rahmen da, aber der Inhalt (die Wirtschaft selber) wäre bis fast zum Nichts herabgewirtschaftet. Ueber der Regelung der Wirtschaftsreform steht die Schaffung der Verfassung und der Abschluß des Friedens. Und diese Aufgaben beschäftigen das Weimarer Volkshaus mindestens noch einen weiteren Monat. So groß immerhin die psychologische Wirkung der grundsätzlichen Erklärung sein mag, eine Beschleunigung in der Umorganisation der Wirtschaft wird dadurch nicht erzielt.

Wie sollen nun diese Räte beschaffen sein? Es sind zunächst nicht die bisherigen A. und S.-Räte. Daß die Soldatenräte nach der Demobilisierung jegliche Berechtigung verloren haben, ist in den Reden des mehrheitssozialistischen Ministers Richard Fischer und des Kriegsministers Reinhold zum Ausdruck gekommen. Aber auch die bisherigen Arbeiterräte werden nicht das geplante Räteorgan bilden, auch nicht wenn sie durch ein gerechteres Wahlrecht „veredelt“ werden sollten. Es werden überhaupt nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitsräte sein, welche so wichtige Aufgaben im Wirtschaftsleben erfüllen sollen. Innerhalb der einzelnen Betriebe werden neben den Arbeitern auch die Angestellten Vertreter in die Betriebsräte wählen. In den ihnen übergeordneten Räten der Wirtschaftszweige (Branche) sollen neben Arbeitern und Angestellten auch „Unternehmer und Betriebsleiter“ sowie die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beteiligt sein. In den Bezirksarbeitsräten und dem Zentralarbeitsrat sollen schließlich alle „selbst Arbeit leistenden“ einschließlich der freien Berufe mitwirken. Das wäre also ein allgemeines berufshändiges Organ, das an der Exekutive beteiligt wäre, aber trotz eines erheblichen Mitbestimmungsrechtes in der Gesetzgebung keine entscheidende Befugnis besäße. Es unterscheidet sich jedenfalls sehr von dem, was Spartakisten und Unabhängige erstreben.

Der Streik.

Die Kämpfe in Berlin.

Der Aufbruch in Berlin, dem nach Veröffentlichung unterrichteter Kreise trotz alles äußeren Aussehens, das die Spar-

tasleute ihm zu geben bemüht sind, nur eine symbolische Bedeutung zukommt, konzentriert sich bisher auf das Gebiet um den Alexanderplatz und um das Polizeipräsidium herum. Die Angreifer auf das Polizeipräsidium bestanden zum Teil aus bewaffneten Arbeitern der Berliner Gewerbetriebe, aus bewaffneten Arbeitlosen, aus Mitgliefern des roten Soldatenbundes, d. h. Desertieren oder irreguläre militärische Strafschwärme, sowie aus Teilen der Volksmarineregimenten. Heute, im Laufe der ersten Morgenstunden zwischen 2 und 8 Uhr vormittags ist der Angriff auf das Polizeipräsidium gescheitert. Lediglich einer kleinen Abteilung von etwa 20 Mann ist es gelungen, in den Südfügel des Polizeipräsidiums vorübergehend einzudringen. Diese Abteilung wurde nach kurzer Zeit von der Belagerung des Polizeipräsidiums hinausgeworfen. Das Polizeipräsidium wurde im Laufe des Vormittags weiterhin beschossen und nach allen Seiten abgeschossen. Darauf ist der Gardeavallertischbeschießung die Säuberung des Alexanderplatzes und die Entsehung des Polizeipräsidiums übertragen worden. Der Angriff der Gardeavallertischbeschießung begann etwa 2 Uhr nachmittags und konnte der Einbruch der Dunkelheit als gelungen bezeichnet werden. Es sind noch einzelne Kämpfe im Gange, jedoch kann die Gesamtlage dahin gekennzeichnet werden, daß die Regimentsgruppen Herren der Lage sind. Die Volksmarineregimenten hat auf dem Alexanderplatz die weiße Flagge gehisst und hat das Marinehaus geräumt. Zurzeit ist das Marinehaus von plündernden Bürgern angefüllt. Eine Wache der republikanischen Soldatenwehr am Markt hat gegen die Regimentsgruppen feuert. Der Markt wurde daraufhin in Sturm genommen und die Wache der republikanischen Soldatenwehr ausgeschoben.

Der gestrige Tag hat nach Meldungen eines anderen Berichterstatters den Regimentsgruppen in schweren Straßenkämpfen einen rechtlichen Erfolg gebracht. Die Volksmarineregimenten mit Teilen der republikanischen Soldatenwehr hatte sich im Marinehaus verschanzt und das Haus mit Geschützen, Maschinengewehren und allen modernen Kampfmitteln in eine Festung verwandelt. Gleichzeitige Versuche die Spartakisten seit vorletzter Nacht das Polizeipräsidium, das von den Berliner Schutzmannschaften und Teilen der Regimentsgruppen gehalten wurde, zu nehmen. Die wackeren Verteidiger schlugen stundenlang alle erbitterten Angriffe zurück, trotzdem die Gegner auch Artillerie anwandten sowie auch leichte Feldkanonen. In den Mittagsstunden setzte der hervorragend geleitete Angriff der Regimentsgruppen an allen Stellen gleichzeitig ein und brachte ihnen einen vollen Erfolg. Das Marinehaus erhielt drei Volltreffer von schweren Feldkanonen. Die Verteidiger verließen fluchtartig ihre Stellung. Der Alexanderplatz und die umliegenden Straßen wurden von den Freiwilligenformationen der Gardeavallertischbeschießung geräumt und vollständig gesäubert. Der Erfolg der Truppen ist trotz erbitterter Gegenwehr der Spartakisten ein voller. — Die Verluste der beiden Parteien, die bis zum vorgestrigen späten Abend etwa 20 Tote, ungerichtet die Verwundeten, betragen haben dürften, sind weiter gestiegen. Die Lage ist äußerst unklar. Die Mannschaften, die sich von der republikanischen Soldatenwehr abgespalten haben, erklärten Pressevertretern gegenüber, daß sie keine Spartakisten seien, sondern nach wie vor auf dem Boden der Regierung ständen. Ihr Grimm gegen die Reichshauptstadt. Die Regierung hoffte, noch im Laufe des gestrigen Nachmittags die Ruhe wieder herstellen zu können.

Im Laufe des gestrigen Nachmittags begannen in Berlin die Geschäfte zu schließen. Es macht sich eine größere Unruhe des Publikums bemerkbar. An verschiedenen Stellen der Stadt fielen vereinzelt Schüsse.

Verhängnis des Generalstreiks in Berlin.
Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, hat die Streiklage in Berlin von vorgestern auf gestern eine unbeeindruckbare Verschärfung erfahren. Nach vorgestern abend erschienen in den verschiedenen Zeitungsdruckereien, in denen bisher gearbeitet wurde, Abordnungen der Redaktionen, die das Personal zur Beteiligung am Streik aufforderten. Es wurde damit gedroht, die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke stillzulegen, falls die Drucker, Setzer und übrigen Arbeiter sich dem Aufstande nicht anschließen sollten. Infolge dieser Einwirkung mußten die Druckereien ihren Betrieb einstellen, so daß gestern morgen in Berlin keine einzige Zeitung erscheinen konnte. Die den einzelnen Betrieben beigegebenen Sicherheitswachen besaßen zwar noch ihren

Dienst, man nimmt aber an, daß ihre Haltung schwankend ist. Die Wachmannschaften des B. T. A. sind bereits zu den Spartakisten übergegangen. Wie die „Telegraphen-Union“ weiter hört, haben die Gewerkschaftsorganisationen heute beschlossen, sich am Streik zu beteiligen. Dieser Entschluß hat zur Folge, daß sich die Gewerkschaften mit der Streikfrage beschäftigen. Als Ergebnis ist der Anschluß der Gewerkschaften an den Aufstand zu erwarten. Im Buchdruckereigewerbe ist die Streiküberlegung bereits erfolgt, so daß die Zeitungen auch weiterhin nicht erscheinen werden.

Die mehrheitssozialistischen Betriebsräte Großberlins
haben in einer Versammlung folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: Die am 5. März tagende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins nimmt von den bisherigen Maßregeln der sozialdemokratischen Vertreter im Arbeiterrat und in der Streikleitung Kenntnis und stellt fest, daß der Streik gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Groß-Berliner Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige betriebenen Versammlung der Arbeiterräte eingeleitet worden ist. Nach dem Ergebnis der Verhandlung mit der Regierung kann die Konferenz eine weitere Fortsetzung des Streiks nicht unterstützen, wenn auch die Kommission des Volksgarates mindestens dieselben Angelegenheiten der Regierung einbringt. In dieser Voraussetzung werden die sozialdemokratischen Arbeiterräte beauftragt, den Abbruch des Streiks zu beantragen und im Falle der Ablehnung dieses Antrages den Streik selbst aufzuheben. Die Konferenz erklärt weiter, daß auf diejenigen Betriebe, die durch geheime Absprachen die Teilnahme am Generalstreik ablehnen, kein Streikzwang ausübt werden darf.

Die Gewerkschaftskommission beschäftigte sich am Nachmittag damit, in welcher Form sie in die Streikleitung eingreifen wolle. Nachdem ihr zur Kenntnis kam, daß die sozialdemokratischen Vertreter ausgetreten sind, veränderte sich das Bild und es wird nun von neuem beraten, ob die Gewerkschaften sich weiter am Streik beteiligen. Danach wurde die Versammlung auf Freitag, den 7. März, vertagt.

Generalstreik angehalten.
Am Mittwoch ist eine Abordnung des Berliner Volksgarates im Kraftwagen nach Weimar abgegangen, dort aber bisher nicht eingetroffen. Man vermutet, daß sie unterwegs gewaltsam angehalten worden ist.

Verhängnis des Generalstreiks auf die Elektrizitätswerke.
Der Berliner Generalarbeitsrat hat sich auf die Elektrizitätswerke ausgebeugt. Seit 7 Uhr abends ist Berlin ohne elektrisches Licht. — In Charlottenburg sind die Arbeiter der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke in den Ausstand getreten, so daß Charlottenburg seit gestern nachmittags ohne Licht und Wasser ist. — Von zuverlässiger Seite wird aus Nordhorn mitgeteilt, daß der Verkehr auf der Bahnlinie Nordhorn-Capenitz seit gestern mittag unterbrochen ist.

Wiederaufnahme des Generalstreiks in Berlin-Weimar.
Die Ägide Berlin-Weimar und Berlin-München über Halle verkehren wieder. Das Elektrizitätswerk in Halle ist wieder in Betrieb gesetzt, jedoch die Stadt vorgestern abend wieder ohne Licht.

Die Beendigung des Thüringer Generalstreiks.
Der Generalstreik in Halle kann infolge des energischen Aufstehens der Regimentsgruppen als beendet angesehen werden. Im gesamten Thüringer Streikgebiet kann der Generalstreik ebenfalls als fast beendet angesehen werden. In den ostthüringischen Städten hat sich die Arbeiterschaft durchwegs gegen den Generalstreik ausgesprochen. In West-Thüringen lautet der Streik nach den vorliegenden Meldungen ab. In Erfurt hat sich der Generalstreik in Teilausführung aufgelöst. Im Altenburger Kreise ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. In Gotha ist nur noch Teilstreik. Fortan sind die Drahtverbindungen zwischen Erfurt und Süd-Thüringen noch gestört. Eine heute in Weimar angelegte thüringische Regierungskonferenz mußte verschoben werden.

Beilegung des Streiks in Erfurt.
Der Generalstreik hat in Erfurt, wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, sein Ende gefunden. Das Streikkomitee der Unabhängigen ist an die Führer des Gegenstreiks der Bürger und Beamten herangetreten und hat um Mitteilung der Bedingungen für die Beendigung des Bürgerstreiks ersucht. Darauf haben die Bürger- und Beamten-Streikkomitees folgende Bedingungen gestellt: Sicherstellung der Volksernährung, sofortige Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs und persönlicher Schutz für alle Beamten und

Arbeiter, die zur Arbeit bereit sind. Diese Bedingungen sind von den unabhängigen Arbeitern angenommen worden, so daß noch im Laufe des Mittwochs die städtischen Behörden ein Teil der Reichsbehörden die Arbeit wieder aufgenommen haben. Auch die Besatzung praktizieren wieder. Die Arbeiter haben sich vorbehalten, in den einzelnen Privatbetrieben weiter zu streiken, doch hat dieser Streik keine besondere Bedeutung. Es ist sogar anzunehmen, daß einzelne Industriebetriebe auf Wiederaufnahme der Arbeit verzichten. Das Ende des Streiks ist zweifellos durch den Mangel an Rohmaterialien für die Sprengstoffe. Die Streikenden haben zwar, soweit ihnen das möglich war, die vorhandenen Lebensmittel in erster Linie den Streikenden selbst zugeführt, die Vorräte schrumpften indes rasch zusammen und infolge des unterbrochenen Eisenbahnverkehrs kam auch nicht genügend Futtermittel zu, so daß Erfurt tatsächlich vor einer Lebensmittelnot stand. Eine große Bedeutung kommt auch dem Generalstreik der Bürgerchaft und des Beamtenstandes zu, der zur Folge hatte, daß die Behandlung der Kranken unterbrochen wurde und daß die Verwaltung nicht mehr ihren gewohnten Gang ging. Die Wiederaufnahme des Lebensvertrages wird voraussichtlich im Laufe des heutigen Freitags erfolgen können, da zunächst noch einige Schäden ausgebessert werden müssen. Dann wird auch die umfangreiche Post, die sich hier wegen des Streiks aufgehäuft hat, weiter befördert werden. Im Erfurter Postamt liegen zur Zeit mehrere Wochenscheine mit Briefschaften für auswärtig.

Verhinderung der Lage in Eisenach.
Im Eisenach hat sich die Lage noch verschärft. Von gestern mittag an wurde die Lieferung von Elektrizität, sowie von Gas und Wasser eingestellt. Das Verkehrsamt Eisenach wurde aufgefordert, den Eisenbahnverkehr Eisenach-Heba, Eisenach-Gotha und Eisenach-Meinungen sofort einzustellen, widrigenfalls Gewalt angewandt werde. Es sind bereits vereinzelt Bländerungen von Geschäftsstellen zu verzeichnen. Mit Handgranaten bewaffnete Männer bedrohen die arbeitswilligen Arbeiter auf den Eisenbahnwerkstätten. Durch Sabotage wurde die Hochspannungsleitung Eisenach-Gotha gestört. Die hier sind bis jetzt noch in den Kasernen geblieben, doch fanden gestern mittag Verhandlungen wegen Waffenslieferung statt.

Die Forderungen der Düsseldorf Arbeiter.
Die Vertrauensleute der Düsseldorf Arbeiter haben beschlossen, die Arbeiterschaft vorzuschlagen, die sofortige Zurückziehung der Regierungstruppen, sowie die Amnestie für alle von den Regierungstruppen wegen politischer Vergehen Verhafteten, ferner die restlose Zahlung der für den Streik bewilligten Entschädigung von 75 Prozent des Lohnausfalls zu verlangen. Falls diese Forderungen nicht zur Zufriedenheit erledigt werden, würde die Arbeiterschaft weitere Schritte vorbereiten.

Blutiger Zusammenstoß zwischen Zivil und Grenzschutz.
Ein erster Zwischenfall, der zum Generalstreik im Ruhrgebiet führen kann, ereignete sich, wie uns aus Oberhausen gemeldet wird, auf der „Römervorstadt“ im Kreis Koblenz. Bei einer Hochzeitfeier kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Zivil und Grenzschutz, wobei es zu einem heftigen Feuergefecht zwischen beiden Parteien kam und es auf beiden Seiten auch Verwundete gab. Der Arbeiterrat der „Römervorstadt“ verlangte daraufhin die Auslieferung der in den Auslieferungsbüroen befindlichen Soldaten des Grenzschutzes, andernfalls die Befreiung sofort in den Streik einzutreten würde. Es besteht die Gefahr, daß andere Gruben des Ruhrgebietes sich mit der „Römervorstadt“ solidarisch erklären und ein neuer vollständiger Streik ausbricht.

Die Regierungsbildung in Bayern.
Am vorgesternigen Nachmittage wurde dem bayerischen Reichstagspräsidenten ein dringlicher Antrag Dr. Brüner selbst mit großer Mehrheit angenommen, wonach die Vertreter aus den Reihen der Reichssozialisten und Unabhängigen sich erneut mit dem am 12. Januar in den bayerischen Landtag gewählten Abgeordneten der Reichssozialisten zusammensetzen sollen, um eine Einigung anzustreben. Die Verhandlungen werden am Freitag beginnen.

Regierungstruppen in Mannheim.
Anstelle des vor einigen Tagen aus Mannheim abgezogenen Bataillons der 110er rückt gestern früh ein Bataillon der 110er in Mannheim ein und besetzt die Stadt. Da dieses Bataillon auch als Polizeitruppe gebildet ist, entspricht dessen Anwesenheit den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages. Gleichzeitig sind der Minister des Innern Dr. Haas, sowie Minister Marchhoff und der Vorsitzende der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte Badens Abgeordneter Kommele in Mannheim eingetroffen, um mit den maßgebenden Stellen die Maßnahmen zu besprechen, die eine Wiederholung der Ausschreitungen verhindern sollen. In der Stadt herrscht völlige Ruhe.

Notte nicht in Marxstadt.
Die Gerüchte, wonach Notte sich in Marxstadt befinden soll, erweisen sich, wie man an zuständiger Stelle versichert, jeder Begründung.

Das Sozialistengesetz.
Am Donnerstag sind in Weimar die Entwürfe eines Sozialistengesetzes und eines Gesetzes über die Regelung der Sozialversicherung beraten worden. Die Reichssozialisten lehnen sich dafür ein, daß beide Gesetzesentwürfe ohne Rücksicht auf das schnellste Verabschiedet werden.

Die Ruhe in Leipzig.
auch weiterhin nicht gestört worden. Der Leipziger A. u. S. Rat und die Streikleitung haben beschlossen, das feierliche Reiseausweilen von Leipzig mehr ausgestellt werden.

Der Straßenbahnstreik in Chemnitz.
Die Straßenbahnarbeiter bei ihren erhöhten Forderungen und streiken weiter. Im Laufe des Donnerstags haben sich die Oberkassierer und Kontrollreue den Streikenden angeschlossen und ihrerseits Forderungen eingereicht. Vom Referenten wurde in der Stadtverordnetenversammlung hervorgehoben, daß der Transportarbeiter-Verband als Vertreter der Straßenbahn bei diesem Streik seine Rechte gegenwärtig nicht wahrnehmen will. Am Donnerstag mittag demonstrieren die Streikenden vor der Geschäftsstelle des „Chemnitzer Tagesblattes“, weil dieses die angeblich falschen Ausführungen des Referenten in der Stadtverordnetenversammlung wiederzugeben hatte. Der Streik der Straßenbahnangehörigen wurde im Stadtverordnetenkollegium behandelt. Nach den Vorschlägen des Rates, die dem Kollegium zum Beschlusse vorgelegt werden, erhalten ab 1. März die männlichen Straßenbahner monatlich 180 bis 260 M., die weiblichen 100 bis 140 M., außerdem 20 M. Jahresschulden und Weiterzahlung der bisher gewährten Teuerungszulagen. Als Deckung wird eine Tarifhöhung auf 20 und 25 Pf. für die Fahrt vorgeschlagen. Der Streik dann nach ergebende Selbstbezog von 970.000 Mark soll auf den Haushaltsplan übernommen werden. Nach längerem Ausproben wurde der Vorschlag des Rates angenommen.

Die „Chemnitzer Volksstimme“ veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom Donnerstag nachmittag folgenden Aufruf des A. u. S. Rates: „Arbeiter und Arbeiterinnen von Chemnitz! In einer Anzahl Chemnitzer Großbetriebe ist in den letzten Tagen zum Generalstreik für Freitag aufgefordert worden. Arbeiter und Arbeiterinnen! Für was soll gestreikt werden? Darüber können Euch die Spartakisten keine klare Antwort geben. Keine große politische oder Lohnforderung kommt in Frage. Nur um den Bröcken einer Partei zu dienen, soll gestreikt werden. Dem Streik

der Arbeiter sind Gegenstreiks des Patroziniums getrotzt. Das muß zum Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens führen. Einseitig und Besonnenheit waren bisher die Grundzüge der Chemnitzer Arbeiterkraft. Bewahrt sie auch weiterhin! Laßt Euch nicht zu Taten verleiten, die das deutsche Volk schwer schmerzen müssen! Lebt es einzeln ab, lebt in den Generalstreik einzutreten!“

Sitzung des Reichsausschusses.
In der am 4. März unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern Dr. Bruns und des Reichswirtschaftsministers Wiesel abgehaltenen Sitzung des Reichsausschusses wurde dem von der Nationalversammlung angenommenen Entwurf eines Übergangsgesetzes, eines Gesetzes über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr und eines Gesetzes zur Durchführung der Waffentilgungsbedingungen zugestimmt.

Deutsches und Sächsisches.

Meißen, den 7. März 1919.
Der Gewerbeverein. Zum letzten Male versammelten sich gestern die Mitglieder des Gewerbevereins in dem seither benutzten Versammlungsraum des Rathhauses. Der Vorbesitzer gedachte des besonderen Ereignisses in der Vereinsgeschichte mit Rücksichtsworten an die Gäste, in der unter Leitung vieler verdienter Vorkämpfer Beschlüsse für das sächsische Volk des Vereins gefaßt wurden. Von der Verfassungsänderung der sächsischen Gewerbesteuern in Dresden war Herr Werner anwesend, um Rücksicht zu geben über die für jeden selbständigen Handwerksmeister und Gewerbetreibenden zweckmäßige Krankenversicherung mit Arbeitgeberbeiträgen. Die Kasse steht auf dem Boden der Reichsversicherungsordnung und gewährt zu mäßigen Beitragsleistungen vorteilhafte Bedingungen. Nach den Ausführungen des Referenten hielten 14 Herren ihren Beitritt zu der Versicherung in Aussicht. Weitere Meldungen sind beim Vereinsvorsitzer, Herrn Bergmann, anzuhören, der auch Einblick in die scheinlegte Tarife gewährte. Von den vorliegenden Vortragsgewerken wurde ein Vortrag über „Waffenstillstand und Frieden“, den der Verein für Volksbildung empfahl, angenommen. In den Verhandlungen mit der Arbeiterschaft kaufmännischer und technischer Angestellter in Meißen wegen Gehaltsfragen ist auch der Gewerbeverein zugezogen worden. Da die Verhandlungen noch schwebend, konnte ein endgültiges Ergebnis nicht mitgeteilt werden. Der Gewerbeverein trat als Mitglied dem Arbeitgeber-Zentralverband in Meißen bei. Ueber Sozialisierung der Handwerksbetriebe gelangte ein Schriftstück zum Vortrag, worin sich der Verfasser mit beachtlichen Gründen gegen eine Sozialisierung ausspricht, namentlich aber vor einer überstürzten Handlungsweise nach dieser Richtung hin warnte. Von Interesse war die Mitteilung, daß vom 1. April ab vollständige Sonnensruhe für die offenen Geschäftsläden laut reichsgesetzlicher Anordnung einzuhalten ist. Verschiedene Herren erklärten darin eine Schädigung ihres Handwerks und brachten Wünsche auf Ausnahmefällen, deren Beachtung an geeigneter Stelle zu erwägen ist. Acht Herren nahen der Verein als neue Mitglieder an.

Das Dekret über die ungarische Konsulate in Dresden bringt zur Kenntnis, daß infolge Weglassung des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Österreich in Wien Angehörige der ehemaligen Monarchie, welche nicht Deutsch-österreichisch sind, zur Ein- bzw. Durchreise durch Deutsch-österreich eines Visums seitens des Konsulates bedürfen. Die Erteilung desselben erfolgt nur bei Nachweis des Reisezweckes und der unbedingten Dringlichkeit der Reise. Der Botschaftsverwalter hat sich persönlich auf dem Konsulate einzulinden.

Für die Wiedereinführung des freien Handels wird eine Demonstration der gesamten deutschen Kaufmannschaft vorbereitet. An allen wichtigeren Plätzen sollen, wahrscheinlich am 11. März, Versammlungen abgehalten werden, die sich für den freien Handel in einer gleichlautenden Resolution einsetzen. Diese soll den obersten Reichsbehörden vorgelegt werden. Außerdem wird, wie wir hören, geplant, für einen Tag in allen Geschäften die Arbeit einzustellen. Das soll kein Streik, sondern eine Demonstration bedeuten.

Der Verein für Feuerbestattung in Zitau hat dem sächsischen Ministerium eine Eingabe unterbreitet, deren Inhalt auch jedem Abgeordneten zugestellt worden ist, und die fordert, das sächsische Feuerbestattungsgesetz mit seinen Erleichterungen und feindlichen Bestimmungen außer Kraft zu setzen, die Gleichberechtigung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung anzuerkennen und die Genehmigung zur Feuerbestattung den ortsüblichen Vorrichtungen zu überlassen. Ferner wird in der Eingabe unter anderem die Herabsetzung der Polizeigebühren und die Aufhebung des Leichenabgabewesens bei Ueberführung von Leichen in ein Krematorium verlangt.

Die neue Sonntagsruhe. Die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern ist jetzt nur am ersten Weihnachtstag, Oster- und Pfingsttag ganz verboten, im übrigen ist an Sonn- und Feiertagen eine Beschäftigung bis zu fünf Stunden zulässig. Eine Abänderung der Gewerbeordnung durch die Reichsregierung verbietet vom 1. April an die Beschäftigung an allen Sonn- und Feiertagen. Die Polizeibehörde kann dann aber für sechs Sonn- und Feiertage, die höhere Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Feiertage im Jahre eine Beschäftigung bis zu acht Stunden, jedoch nicht über 6 Uhr abends hinaus zulassen und die Beschäftigungstunden unter Berücksichtigung des öffentlichen Gottesdienstes festsetzen. Für das Expeditions- und Schiffsbauergewerbe, sowie andere Gewerbebetriebe für die Wasserleitung und Expedition von Gütern kann die höhere Verwaltungsbehörde eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zulassen. Die Sonntagsruhe wird gleichzeitig auf die Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmen ausgedehnt. Das beschriebene Offenhalten von Apotheken kann von der höheren Verwaltungsbehörde angeordnet werden. Die Schließung kann bis 8 Uhr morgens ausgebehalten werden. Bei wochentäglichen Dienst wird für jeden Sonn- und Feiertag ein Wochentag oder zwei Nachmittage freigegeben.

Die Einsetzung und Entlassung gewerblicher Arbeiter. Nach § 5 der Reichsordnung vom 4. Januar dieses Jahres über die Einhellung, Entlassung und Entlohnung gewerblicher Arbeiter während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung (R. u. S. 8 ff.) sollen Einschränkungen der Arbeiterzahl in den unter die Verordnung fallenden gewerblichen Betrieben nur insoweit zulässig sein, als dem Unternehmer die Durchführung der Vorschriften nach den §§ 1 und 2 durch die Verhältnisse des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich gemacht wird. Dabei ist (nach R. u. S. 8 ff.) soweit es die Verhältnisse gestatten, der Lohnbestandteil und jedenfalls als untere Grenze eine Wochenarbeitszeit von 20 Stunden für die Bemessung der Arbeitsleistung eines Arbeiters in dem Betriebe als maßgebend anzusehen. — Da Mitteilungen aus der Industrie darauf schließen lassen, daß diese Bestimmungen nicht genügend beachtet werden und unter Umständen nach Herabsetzung der Arbeitszeit auf 20 Wochenstunden und Durchführung der Arbeiter-Entlassungen wieder mit erhöhter Arbeitszeit gearbeitet wird, sei auf jene Vorschriften nochmals ausdrücklich hingewiesen.

Die Vorbereitungsschulen für Offiziere. Eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution auf militärischem Gebiet ist die Tatsache, daß die Offiziers-Laufbahn jetzt auch Söhnen des Volkes ohne Einschränkung zugänglich sein wird. Auch der Arbeiter, auch der Mittellose, werden in Zukunft diese Laufbahn ergreifen können. Wenn so die Eröffnung der Offiziers-Laufbahn auch im Prinzip

beschlossene Sache ist, so stellen sich der Ausführung doch praktische Schwierigkeiten entgegen. Es fehlt an Offiziers-Anwärtern, die die unumgänglich notwendige Fachbildung gewonnen haben. Hier können nur Schulen helfen, die die Vorbereitung der zahlreich vorhandenen, im Argen und Frieden heutzutage bewährten Offiziers-Kandidaten übernehmen. Diese Schulen haben bisher gelehrt. Das Ministerium für Militärwesen ist schon seit längerer Zeit in Vorbereitung für die Aufstellung solcher Schulen eingetreten. Ihre Durchführung war aber aus praktischen Gründen bisher mitten in der allgemeinen Demobilisierung noch nicht möglich. Die Eröffnung einer solchen Schule für Sachsen ist aber bereits für den kommenden Monat in Aussicht genommen. Das Ministerium ist mit den Generalkommandos dieserhalb bereits in Fühlung getreten. Sachsen ist der erste deutsche Staat, der in dieser Beziehung die Initiative ergreift und der in dieser Beziehung die praktischen Folgerungen aus der vollzogenen Revolution zieht.

Blasewitz. Soldaten, die aus Kraftwagen ankommen, versuchen in diesen Grundrücken Hausdurchsuchen nach Verdächtigungen vorzunehmen. Es fehlt an Offizieren, die weiter nicht gekommen, da die Soldaten in einem Falle nichts finden konnten, während ihnen in anderen Fällen von der Gaudrau der Eintritt in die Wohnung verweigert wurde.

Bautzen. Während der wendischen Nationalversammlung seine Ziele bisher nur allgemein angedeutet hat, stellt er jetzt Einzelheiten auf. Diese lauten u. a.: wendische Volksschulen, wendisches Lehrerseminar, Gymnasium, wendische Landwirtschaftliche Schule, Haushaltungsschule, wendisches Parlament, ohne dessen Einwilligung kein Gesetz im Wendenlande gilt, ein wendisches Volkstheater zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und zur Gewinnung der nötigen Unterbeamten. Weiter soll die wendische Sprache bei Post, Eisenbahn, Gericht und allen sonstigen Behörden eingeführt werden. — Entgegen diesen Forderungen des wendischen Nationalausschusses, die nur im selbständigen Wendenlande verwirklicht werden können, hat jetzt der im Beisein der sächsischen Regierung gebildete wendische Arbeitsausschuß die Forderungen der gemäßigten Elemente der Wenden aufgestellt, und der Regierung unterbreitet. In diesen Forderungen, die zugleich als Mindestforderungen angesehen werden müssen, werden eine Anzahl Wünsche hinsichtlich des Schulunterrichts angebracht, aus denen erhellt, daß die größte Sorgfalt auf wendische Sprache und Wissenschaft zu verwenden ist. Mit besonderer Liebe soll das wendische Volkstheater und Kindertheater gepflegt werden. Die Bezirkschulinspektoren von Bautzen und Kamenz möchten der wendischen Sprache mächtig sein. Die Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte auf der Oberstufe auf 3 wird gefordert. Kirchen- und Ordinationen und Einweihungen sollen ein wendischer Geistlicher ausüben. Vermögen der Kirchen und Kirchengemeinden sind diesen unverfügt zu lassen, dieselben sind die kirchlichen Friedhöfe nicht in politische Umwandlungen. Bei den Amtsgerichten Bautzen, Köbau und Kamenz sind mindestens ein wendischer Jurist bzw. bei den Bezirksamts-hauptmannschaften ein wendischer Verwaltungsbeamter tätig sein. In unterrichteten Kreisen besteht kein Zweifel, daß diese Forderungen von der Regierung angenommen werden. — Wegen der Postdienstpläne des wendischen Nationalausschusses veranlaßten sämtliche politische Parteien des Nachbar-Kreises am Mittwoch abend in Bautzen zwei Massenversammlungen gegen die Postdienstbestrebungen des wendischen Nationalausschusses.

Pilau u. a. Die amtliche Konferenz der Lehrerschaft an den Pflauser Volksschulen sprach sich mit großer Mehrheit für die Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule aus. Nur über die Art seiner Erteilung waren die Meinungen verschieden.

Aus Böhmen. Am Dienstag, den 4. März, kam es in ganz Deutschböhmen zu einer mächtigen Kundgebung für die Selbstbestimmung. Zur selben Stunde, wo in Wien die deutsch-österreichische Nationalversammlung zusammenkam, erhob Deutschböhmen im nationalen Kampfe geschätzte Bevölkerung ihre Stimme für das Recht der Selbstbestimmung gegen die tschechische Gewalttätigkeit. Alle Häder fanden sich. In allen Städten und Dörfern wurde die Arbeit eingestellt, die Straßenbahnen hielten den Verkehr ein, die Gas- und Wasserkraftwerke, Geschäfte usw. schlossen. Es war eine Demonstrationstheater, wie er in Deutschböhmen noch nie durchgeführt worden ist. Bürgerium, Bauern und Arbeiter hatten sich einmütig zusammengefunden zu einem gewaltigen Proteste gegen die Verdrängung der Böhmen in die österreichische Nationalversammlung durch die Tschechen und zu einer mächtigen Symbiose-Kundgebung für Deutschösterreich. In Klagenfurt kam es infolge tschechischer Forderungen zu blutigen Zusammenstößen. In Karlsbad herrschte allgemeine Arbeitsruhe. Große Kundgebungen fanden statt in Eiböden. In Prag fand die Kundgebung bereits am Montag nachmittag statt. Hier kam es zu großen Krawallen und blutigen Zwischenfällen. In Aussig fanden große Versammlungen in der Turnhalle und vor der Turnhalle statt. Eine der größten Kundgebungen im Gebiete fand in Teplitz-Schbau statt, an der etwa 25.000 Personen teilgenommen haben. In allen diesen Orten ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Deutschen und Tschechen gekommen. An einzelnen Plätzen wurden Personen getötet oder schwer verwundet, da in die zu Tausenden sich zusammengefundenen Demonstranten von tschechischem Militär geschossen worden ist. Für den 6. und 7. März ist in ganz Deutschböhmen eine Landbestrauer für die Märzgefallenen angelegt. Alle privaten und öffentlichen Gebäude werden mit Trauerfahnen besetzt. Am Sonntagabend findet die Beerdigung der 21 Todesopfer in Klagen statt. Die Zahl der Todesopfer für ganz Deutschböhmen beträgt nach vorläufigen Meldungen 34 Personen.

Bericht über die öffentliche Gemeinderatsitzung in Großenhain.

am 4. März im Sitzungssaal der Zentralschule.
Anwesende: Herr Gemeindevorstand Hans als Vorsitzender, Herr Gemeindevorstand Gärner und 18 Gemeinderatsmitglieder. Entschuldigt fehlten die Herren Krause und Danke. Der Sitzung wohnte außerdem Herr Ortsbaumeister Langer bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird der erstmalig in der Versammlung anwesende Gemeindevorstand Herr Gärner von Herrn Gemeindevorstand Hans begrüßt und durch Handschlag für das Amt verpflichtet. Er bittet den Neuzugewählten um rege Mitarbeit in Kollegium und Ausschüssen.

1. Gemeindevorstand erklärt sich der Gemeinderat mit einem Vorschlag des Verwaltungsausschusses, die öffentlichen Gemeinderatsitzungen aller 14 Tage stattfinden zu lassen und diese auf den Montag zu legen.

2. Durch weitere Vernehmung der Geschäftsämter im Gemeindevorstand hat sich, wie vom Vorsitzenden berichtet wird, die Verlegung des Bauamtes aus dem Gemeindevorstand in die Zentralschule notwendig gemacht. Durch die Arbeiten für den Kleinwohnungsbau wird das Bauamt um zwei Beamte vermindert.

3. Herr Ortsbaumeister Langer berichtet über den Wiederaufbau des niedergebrannten Speichers der Firma Grasselt u. Viktorius. Die Ausführung sei diesmal in Eisenfachwerk mit Eisenbalken, die äußere Umkleide sei sonst wie der früheren Bau geplant. Baubedingungen seien nicht zu stellen.

4. Vorgelegt wird eine Verordnung der Amtshauptmannschaft Großenhain über die Einrichtung eines Reizeinigungsamtes für den Bezirk der Amtshauptmannschaft in Großenhain. Die Verordnung sei bereits öffentlich bekannt gemacht worden. Herr Horn beantragt, die Bestimmungen noch dahin zu erweitern, in Fällen, in welchen

den zwei Wohnungen zu einer großen vereinigt sind, diese zu trennen und anderweit abzutreten, um der großen Wohnungsnot mit allen Mitteln entgegenzutreten. Genannte Fälle seien auf dem Georgplatz, sowie in Neugraben, Weidauer, Malschener- und Hohe Straße festgestellt worden. Er bittet seinen Antrag als Nachtrag zur Verhandlung der Amtshauptmannschaft vorzulegen. Der Gemeinderat beschließt im Sinne des Antragstellers und beauftragt den Verwaltungsausschuß mit der weiteren Erledigung.

5. Bericht Herr Gemeindevorstand Hans, daß der Sächsischer Gemeindevorstand, dem auch unsere Gemeinde angehört, in seinem Vertretertag beschlossen habe, infolge der umfangreichen Geschäfte einen Geschäftsführer anzustellen, mit einem Besoldungsaufwand von 15 000 M. Der erhöhte Geschäftsaufwand erfordert eine Erhöhung des Jahresbeitrages von 1 M. auf 5 M. für je 1000 Einwohner. Auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses erklärt sich das Kollegium mit der erhöhten Beitragszahlung einverstanden.

6. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Beschlüssen des Bauauschusses über die in diesem Jahre vorzunehmenden Straßenarbeiten, Straßensanierungen und Ausbau von Fußwegen mit hartem Belag und erklärt sein Einverständnis dazu. Herr Niebling führt Frage über den Zustand der Kirchstraße, insbesondere über die Unregelmäßigkeiten der Fußwege und stellt das Gesuch, die Anlieger zu zwingen, Wandel zu schaffen. Herr Gemeindevorstand Hans erklärt demgegenüber, daß nach dem Ortsbaugesetz beim Bau neuer Häuser dem Besitzer die Anlage eines Fußweges zur Bedingung gemacht werden könne; bei vorhandenen Grundstücken habe die Gemeinde jedoch den Fußweg auf eigene Rechnung anzulegen. Dies nach und nach durchzuführen sei eine Aufgabe der Gemeinde nach Maßgabe der vorhandenen Mittel. Frau Berger regt an, auch eine Besserung des Fußweges sowie des Rittergüterweges mit vorzusehen, die beide einer Aufbesserung dringend bedürfen. Herr Ortsbaumeister Langer erwidert: nach den vier Kriegsjahren sei es fast als selbstverständlich anzusehen, daß manche unserer Gemeindestraßen in der Unterhaltung infolge Mangel an Arbeitskräften und Materialien vernachlässigt worden seien, er hoffe aber, daß in diesem Jahre den in der Einwohnerschaft auftretenden Wünschen Rechnung getragen werden könne.

7. Zur Behebung der Wohnungsnot hat der Bauauschuß beschlossen, durch Ausbau des Herrenhauses im alten Rittergut Wohnungen für 6 Familien zu schaffen. Herr Ortsbaumeister Langer legt einen eingehenden Vorschlag vor. Die entstehenden Bantoken werden sich auf ca. 8000 M. stellen, womit man hofft, die Räume bis zum 1. April in wohnlichen Zustand zu versetzen. Die Mieterpreise werden sich je nach Größe der verschiedenen Wohnungen zwischen 135 bis 255 M. jährlich bewegen. Herr Gemeindevorstand Hans weist darauf hin, daß für diese Wohnungen nur solche Familien in Frage kommen, die am 1. April obdankt werden. Auf Anregung des Herrn Gentschel soll Kassenantrag über die Einlegung von elektrischen Licht eingeleitet werden. Dem Vorschlag des Bauauschusses und den gegebenen Anregungen stimmt der Gemeinderat zu.

8. Eine weitere Maßnahme zur Bekämpfung der Wohnungskalamität sieht der Bauauschuß in der Errichtung von 8 Kleinquartieren an der Straße. Die Herr Ortsbaumeister Langer eingehend berichtet, sei geplant, einen Gruppenbau von 25 Wohnungen zu errichten und im Anschluß hieran eine zweite von 48 Wohnungen. Die Baukosten sind veranschlagt auf 725 000 M. für den ersten und 820 000 M. für den zweiten Gruppenbau. Der Mietpreis wird sich stellen auf ca. 325 M. für eine Wohnung bestehend aus 2 Zimmern und Küche und 405 bis 400 M. für eine solche bestehend aus 3 Zimmern und Küche. Bezüglich der Finanzierung des Unternehmens berichtet Herr Gemeindevorstand Hans, daß die Kosten durch Zuschüsse des Staates und des Landes zu den Aufwendungen der Gemeinde aufgebracht werden. Der auf die Gemeinde entfallende Teil belief sich auf 102 750 M. auf die erste und 88 000 M. auf die zweite Wohnungsgruppe, für welche langfristige Anleihen aufgenommen werden müßten. Die Errichtung der Bantoken soll so gefördert werden, daß ein Teil der Wohnungen am 1. Oktober d. N. bezugsfähig sind. Geplant sei die erste Gruppe der bestehenden Baugenossenschaft zur Bewirtschaftung und Verwaltung anzubieten, die zweite aber in eigene Verwaltung der Gemeinde zu übernehmen. Herr Horn warnt vor allem, die Häuser nicht zu Erwerbzwecken zu verkaufen, sondern auch die zweite Häusergruppe der Baugenossenschaft zur Verwaltung zu übertragen zum Allgemeinwohl der Gemeinde. Herr Niebling gibt zu bedenken, ob es nicht zu empfehlen sei, diesen Entschluß später zu fassen. Dringender sei jetzt die Frage der schnellen Beschaffung der erforderlichen Baumaterialien. Nachdem noch Herr Hannes die Notwendigkeit der Durchführung des Wohnungsbaues und die Bereitstellung der erforderlichen Mittel eingehend beleuchtet hatte, stimmt der Gemeinderat dem Bauprojekt und der Bewilligung der von der Gemeinde bereitgestellten Mittel zu.

9. Nach einem Bericht des Herrn Ortsbaumeister Langer hat der Bauauschuß die Errichtung einer Bedürfnisankalt für Männer und Frauen auf dem Georgplatz zwischen Apotheke und Grundstück Böhner geplant. Die Kosten betragen ca. 7500 M., wozu 3000 M. Rücklagen aus früheren Jahren vorhanden sind, der Rest aber im Haushaltsplan anzufordern ist. Um die Ansicht vor Beschneidung zu schärfen, sei geplant, eine Baufirma anzustellen und für die Benutzung ein geringes Entgelt zu erheben. Vorgehen sei weiter ein Raum zur Unterbringung des Feuerwehrlaufwagens. Der Gemeinderat stimmt dem Beschlusse des Bauauschusses zu. Herr Gentschler weist darauf aufmerksam, daß auf dem Georgplatz manches im Argen liege. Er habe festgestellt,

daß viele Einfriedlungsmauern umgebrochen und Drähte abgerissen seien. Auch die Wege seien beseitigungsfähig. Der Bauauschuß erhält Auftrag zur Beseitigung der Mängel Sorge zu tragen.

10. Als Notstandsarbeit soll nach Vorschlag des Bauauschusses der Ausbau der Ahlemannstraße in's Auge gefaßt werden. Zu empfehlen sei aber, wie Herr Ortsbaumeister Langer ausführt, daß die Aufbringung des Oberbaues wegen der zu erwartenden Erbsenkungen erst später auszuführen werde. Für die Schleusenbau- und Erdbarbeiten liegen vier Kostenschätzungen vor. Es fordert Baumeister Hennig-Gröbda 59 818 M., Baumeister Schneider-Mies 82 747 M., Baumeister Bänder-Mies 64 100 M., Baumeister Förster-Mies 65 459 M. Mit der Ausführung wird der Mindestfordernde Baumeister Hennig beauftragt, welchem nach längerer Aussprache auch die Lieferung der Einlaufschlote und Sedachtabdeckungen mit übertragen wird.

11. Einem Beschlusse der letzten öffentlichen Sitzung zufolge ist, wie Herr Gemeindevorstand Hans berichtet, mit den bisherigen Gemeindevorständen Herren Streble und Paulsch verhandelt worden, mit Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse ihre Vertreter niederzulegen. Beide Herren haben erklärt, unter den gegebenen Umständen auf die weitere Ausübung ihrer Amtstätigkeit zu verzichten. Herr Gemeindevorstand Hans nimmt Veranlassung, den beiden ausgeschiedenen (Herr Streble war 21 Jahre und Herr Paulsch 28 Jahre im Gemeinderat tätig) für ihre langjährige erfruchtliche Mitarbeit im Namen der Gemeinde zu danken. Herr Schmidt macht den Vorschlag, die Wahl der beiden Gemeindevorstände bis zur Verabschiedung eines bei der Volkstammer zur Beratung stehenden diesbezüglichen Beschlusses auszuschieben, dem der Gemeinderat zustimmt.

12. Im Einvernehmen mit dem Verwaltungsausschuß beschließt der Gemeinderat, die zwischen den Herren Gemeindevorstand Hans und Gemeindevorstand Sekr. Wintber getroffenen Vereinbarungen über Teilung des dem Hebertragung verschiedener Gemeindegüter zur selbständigen Erledigung durch den letzteren, aufzuheben.

13. Einem von Herrn Horn gestellten und eingehend bearbeiteten Antrag gemäß beschließt das Kollegium, den Bau- und Wohlfahrtsauschuß zu erweitern, und letzteren durch drei weitere Mitglieder zu erweitern. Auf Vorschlag des Antragstellers wählt man hierzu Frau Berger, Frau Hans und Herrn Ernst Köhler. Herr Niebling bittet, auch Herrn Pönte, welcher ebenfalls an dem Wohnungsausschuß auszuscheiden habe, in den Wohlfahrtsauschuß zu wählen, dem stattgegeben wird.

14. Unter Hinweis auf eine Ministerialverordnung begründet Herr Niebling einen Antrag auf Erhöhung der Zahl der Schulvorstandsmitglieder von 7 auf 8 durch den Eintritt des Herrn Gemeindevorstand Hans in den Ausschuß. Herr Niebling erweitert den Antrag dahingehend, die Zahl auf 10 Ausschußmitglieder zu erhöhen, und begründet dies mit den umfangreichen und wichtigen Kulturaufgaben, die für die Volksschule nach den Forderungen und Grundtendenzen der Sozialdemokratie ihrer Erfüllung bedürfen. Beide Anträge finden einstimmige Annahme. Von den durch Zettel abgegebenen Stimmen entfielen auf Herrn Niebling 17, Müsch 13, Gentschler 10 und Gentschel je 5 Stimmen. Die Herren Niebling und Müsch treten somit in den Schulvorstand ein.

15. Neben dem Antrag von Lebensmitteln durch den Wirtschaftsausschuß berichtet eingehend Herr Gemeindevorstand Sekr. Wintber. Er führt aus, daß von einer Chemnitzer Firma Angebot auf Fleischkonzerne und Würstchen gemacht worden sei. Um sicher zu gehen, habe der Wirtschaftsausschuß Herrn Hannes und ihn beauftragt, persönlich mit der Firma zu verhandeln. Dabei habe sich ergeben, daß der Preis der Firma einwandfrei sei. Es habe sich aber herausgestellt, daß die infrage kommenden Fleischkonzerne aus Werbellitz bezogen seien, weshalb von einer Bestellung abzusehen worden sei. Auch die Ringäpfel (Dörrobst) haben den Erwartungen nicht entsprochen. Dagegen habe die Firma ein neues Angebot auf Suppen, bestehend aus Erbsen- und Bohnenmehl, gemacht, von welchen die gemachten Proben recht befriedigend ausgefallen seien und deshalb sofort 1000 kg. a. 4.50 M. abgekauft wurden. Ein weiterer Vorschlag auf Säuge für Kindfleischabfällen mit einer Hamburger Firma sei nicht zur Ausführung gekommen, da das Produkt in der Zwischenzeit vergriffen sei. Herr Hannes bestätigt die Ausführungen des Herrn Gemeindevorstandes Wintber und glaubt, daß der Einwohner mit den angekauften Suppen, im Gegensatz zu den früheren Suppen, diesmal etwas wirklich Gutes angeboten wird. Im gleichen Sinne äußert sich noch Herr Freudenberg, worauf die Maßnahmen des Ausschusses gut geheißen wurden.

16. Durch die im Gemeindevorstand vorgenommenen Veränderungen macht sich nach einem Bericht des Herrn Ortsbaumeister Langer die Beschaffung von Baumaterialien erforderlich. Der Antrag wird auf einstimmigen Beschluß des Kollegiums dem Tischlermeister Leipnitz als Mindestfordernden auf Grund seines Angebotes übertragen. Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 7. März 1919.

Sax. Streiklage in Sachsen.
* Dresden. Ueber den gegenwärtigen Stand der Streiks in Sachsen äußerte sich Arbeitsminister Schwarz wie folgt: Die Verhältnisse in Sachsen liegen so, daß eigentlich nur noch Leipzig in Streik liegt, daß dort Unstimmigkeiten darüber bestehen, wer für den Streik in Leipzig verantwortlich ist. Der A.- und S.-Rat lehnt es ab, für die Eisenbahnbetriebsbeeinträchtigung verantwortlich zu sein und er-

klärt, daß er die Eisenbahnen nur besetzt hält, damit die dort liegenden Güter unbeschädigt bleiben. Die Eisenbahnbeamten und Arbeiter erklären, daß sie solange im Streik verharren, bis die Kontrolle durch den A.- und S.-Rat zurückgegeben wird. Diese Unstimmigkeit ist zunächst ungeklärt. Auch scheint in Leipzig die Arbeitermoral durchaus nicht so einmütig zu sein, wie das in der „Leipziger Volkszeitung“ zum Ausdruck kommt, sondern man hängt an, freilich zu werden, weil man nicht recht einsehlt, weshalb man eigentlich streikt. Nun ist es möglich, daß durch den Streik in Berlin, der bisher noch nicht einheitlich ist, die Leipziger noch einmal aufgemuntert werden, im Auslande zu verharren. Es das aber noch lange dauert, wird von Berlin abhängen. Wenn der Streik in Berlin nicht allgemeine Bedeutung annimmt, dann ist zunächst mit dem Schlusse des Streiks in Deutschland zu rechnen. Dann wird man im Auslande vielleicht noch von Lohnforderungen reden, aber die Generalstreik-Idee dürfte keinen und lassen mit dem Streik, der in Berlin entbrannt ist. Der Streik im sächsischen Braunkohlen-Revier ist geblieben. Die Arbeiter haben in einer geheimen Sitzung beschlossen, am Generalstreik nicht teilzunehmen. Es wird gearbeitet. Im Steinforenzender ist zunächst noch alles ruhig. In den nächsten Tagen finden Verhandlungen zwischen mir und den bergbaulichen Verein, den Arbeitern und den Arbeiterorganisationen, sowie den in Betracht kommenden Landesbehörden statt, und zwar am Freitag in Leipzig, am Sonnabend in Widdau und am Sonntag eine allgemeine Konferenz in Wittenfels. Dort wird über die Sozialversicherungsfrage gesprochen und wahrscheinlich die Bedingung angenommen, die den Betriebsräten eine bestimmte Kontrolle über den Bergbau zuspricht in dem Sinne, daß aus den Angehörigen- und Arbeiterausschüssen heraus eine Kommission gewählt wird, die auf Wunsch Einzelnen in alle kaufmännischen und technischen Angelegenheiten, sowie in die Produktion und den Absatz nimmt. In Borna ist diese Vereinbarung zum Gegenstand eines Vertrages zwischen dem bergbaulichen Verein, einzelnen großen Werken, den Arbeiterorganisationen und dem sogenannten Vierer-Ausschuß geworden. Den Vierer-Ausschuß bilden Vertreter aus den verschiedenen Ausschüssen, die die Verbindung zwischen den gesamten Gruben aufrechterhalten, ohne den Unternehmern gegenüber Rechte zu haben. Die Streikfrage im übrigen Sachsen ist fast bedeutungslos. In Chemnitz streifen die Straßenbahnen nur wegen Lohnforderungen. Es ist anzunehmen, daß in einer für heute eigens zu diesem Zwecke einberufenen Stadtverordnetenversammlung die Sache beigelegt wird. In Dresden Bezirk ist alles ruhig, desgleichen in der Gochsburg der Kommunisten, im Pirnaer Bezirk. Von Bautzen ist mir Authentisches nicht bekannt. Also zu einem Generalstreik es in Sachsen mit Ausnahme von Leipzig nicht gekommen.

Die Bürgerstreiks sind eine äußerst zweifelhafte Waffe insofern, als einmal die Streikfrage nicht weiß, wer von dem Pöbel auf Seiten des A.- und S.-Rates und wer auf Seiten des reinen Bürgertums steht. So ist es gekommen, daß in Leipzig die Lehrer mit dem Streik drohten, indem sie sich an die Anschauungen des A.- und S.-Rates anlehnten, während andererseits die Wetzhofer und Verze gegen den A.- und S.-Rat streifen. Die oberen Eisenbahnbeamten streifen ebenfalls gegen den A.- und S.-Rat, die unteren dagegen mit dem A.- und S.-Rat. Indem man aber den gesamten Eisenbahnbetrieb stillgelegt hat, vertritt sich diese Unterdrückung. Außerdem hat der Bürgerstreik natürlich die Gefahr, daß dadurch Unruhe begünstigt werden. Die Disziplin lockert sich unter den streikenden Arbeitern, soweit sie noch nicht Kommunisten sind. Die Kommunisten und Volkswirtschaftler sind mit den Streikenden in Leipzig zunächst auf eine Stufe zu stellen. Durch den Bürgerstreik wird vielfach gerade bei den unrichtigen Elementen der Eindruck erweckt, als ob er eine planmäßige Konterrevolution sei, so daß viele der Meinung sind, daß diese Konterrevolution mit Gewalt niedergeschlagen werden muß. Als Folge davon kann es leicht kommen, daß Bürgerstreik vergolten wird. Die Folgen des Bürgerstreiks haben wir in Leipzig teilweise schon daran zu erblicken, daß dort Unruhen, wenn auch geringeren Umfangs, vorgekommen sind. Die sächsische Regierung verläßt auf dem Wege direkter Verhandlungen mit Leipzig insofern eine Verständigung zu finden, daß die öffentlichen Verkehrsanstalten und Gebäude dem Verkehr wieder übergeben werden. Gas und Elektrizität funktionieren in Leipzig noch nicht, wohl aber die Wasserleitung. Wie dort bemerkt, kommt alles auf Berlin an. Dort hat jetzt die Tagung der Unabhängigen stattgefunden, und dabei sind die Meinungen stark auseinander gefallen. Gans selbst hat als gemäßigter Unabhängiger Forderungen gestellt, die der Mehrheits-Sozialdemokratie als unannehmbar erscheinen, so daß mit einer Verständigung zwischen beiden zur Zeit kaum gerechnet werden kann, es sei denn, daß die Unabhängigen, deren Tagung ja noch nicht zu Ende ist, ihre ursprünglichen Forderungen wesentlich mäßigen. Leider haben die Unabhängigen in Berlin nicht den Mut gefunden, in der Streitfrage den Kommunisten die Gefolgschaft zu verlagern, während annehmen ist, daß in Berlin der allergrößte Teil der Arbeiter von einem Streik nichts wissen will.

Das innere Stadtgebiet Berlins von Regierungstruppen besetzt.

* Berlin. Durch einen umfassenden Angriff der Regierungstruppen ist die innere Stadt, die von den Spartakisten besetzt gewesen war, genommen worden. Die verschiedenen Gebäude, wie Schulgebäude, in denen sich die Spartakisten niedergelassen hatten, sind jetzt von den Stäben der Gardebataillone und der Division besetzt. Natürlich müssen einzelne Spartakisten noch gefaßt werden.

Verjunktene Welten.

Ein Roman von der Insel Ost von Annab Wothke.
11. Fortsetzung.
„So? Und das behauerst du wohl noch?“ höhnte Jens und spuckte wieder aus. „Ja, sage dir, Werrret, ja!“ die Brillen aus dem Kopf. „Ich habe lange genug Geduld gehabt, die nun einmal nicht zu mir paßt. Ich habe dir viel zugute gehalten, aber mit Dittler Stöben, weißt du, verheißt ich keinen Späß. Ich habe es satt, hier unter Aufsicht des verrückten Rechts wie ein Verbrecher zu leben, der Unrecht tut und was vor der Welt verborgen will. Von morgen an soll das anders werden. Wo Dittler Stöben ist, werde ich auch sein, und du gehst mit, einverstanden? Ich will doch mal sehen, ob der Keel durch sein bloßes Dasein mit und die alle Lust am Leben verlieren kann. Das wird ihm ja wohl bald über werden, wenn es wirklich so ist, wie du sagst, und er dich nicht mehr leiden mag. Was' mal auf, da werden wir den alten Feil los, wie wir's gedacht, und bald hat der Heßboog einen anderen Herrn.“
Jens' Jürgens lachte behaglich vor sich hin. Seine Wut, seine jahre lang ausgeübte Eifersucht war verfliegen und etwas wie Schabenskräuter gewannen bei ihm die Oberhand.
„Das hat er von Mutter Kressen“, dachte Werrret, und ein kaltes Erschauern ging durch ihr warmes Empfinden, mit dem sie soeben zu ihrem Mann treten wollte, weil sie sich doch nicht völlig schuldlos an der ganzen Sache fühlte.
„Na, nun lache mal wieder, Werrret“, ermunterte er sie so ernst blickende Frau. Er hatte behaglich die Hände in die Hosentaschen und stellte sich breitbeinig vor Werrret hin. „Es ist doch toll, daß wir uns um Dittler Stöben faulen. Reinetwegen rede mit ihm oder rede nicht. Das aber sage ich dir, mit dem Keelweischen hat es ein Ende.“

„Ich will sehen, woran ich bin. Es ist nicht mehr mit euch beiden, werdet ihr euch schon daran gewöhnen, so eng beieinander zu sein, wie mit anderen Radfahrern; ist es aber was“, — Jens Stimme wurde laut und drohend — „so gnade euch Gott! Glaube nicht, daß ich mich betriegen lasse, weder von dir, noch von Dittler Stöben. So, nun kennst du meine Meinung. Morgen schon werde ich zu dem Keel herübergehen und ihm meinen nachbarlichen Besuch und zugleich meinen Standpunkt klarmachen.“
„Das wirst du nicht tun, Jens, ich bitte dich“, flüchte Werrret mit erhobenen Händen. „Es wäre zu absurd. Ich bitte dich! Daß uns wie bisher fern von dem Heßboog leben. Es bringt uns den Tod. Ich ertrage es nicht!“
Ein zitternder Laut drang von Jens Jürgens Lippen. „Na, bist der Wind daher? Na, ohne Furcht, Werrret, es wird nicht so schlimm, wie es aussieht. Wenn ich dich kleines Schaf denn nicht, wachst großes Vertrauen in dich, daß ich so mit dir rede? Wenn du, wenn ich deiner nicht ganz sicher wäre, ich würde es auf die Probe ankommen lassen? Nein, Werrret, so bumm bin ich denn doch nicht. Aber rein muß die Luft werden, ich will klar sehen, und ich weiß, daß du mir und dir selber helfen wirst, nicht wahr, Werrret, wenn ich dich recht herzlich darum bitte?“
Seine Stimme war ganz weich geworden und ein flehendes Leuchten stand in seinen Augen, als er seiner Frau die große, braune Hand entgegenstreckte. „Jens“, sagte sie unklar, „ich bitte dich, du spitz mit Dittler Stöben ein gewagtes Spiel.“
„Nein“, rief Jens, „das Alle soll nur untergehen. Tot soll es sein, und das Neue soll in der Sonne strahlen.“

„Und wenn ein Wetter kommt, Jens, und der Blitz und erklägt?“
„So schlage das Wetter drein“, schrie der Schiffer wild. Im gleichen Augenblick erhellte ein Blitzstrahl die ganze Szene und in dem Rahmen der Tür stand hoch aufgerichtet eine große Frauengestalt mit lang herabfallendem Haar, das unter einer alten Matrosenmütze hervorkam.
„Matten Taten“, rief Jens und Werrret wie aus einem Munde.
„Ja, ja, Bindings“ nickte die Alte, die großen Schuhen von den nackten Füßen streifend und das Wasser daraus gelassen durch die Tür auf die Steinfliesen des Hausflurs gleitend, „es ist ein böses Wetter heute, da kommt Matten Taten auf euereu Doj und fragst!“
„Ja, gesehm?“
„Ja, bequiem?“
„Ich bleibe bei euch in euereu Reich.“
„Wie die Tauben über den Hügel stehen.“
„Nein Matten Taten beim Wetter ziehen.“
„Weißt in die Ritzke, Matten Taten“, gebot Werrret streng, als sie sah, daß von Matten getrunken noch keine Wasserkrüge herab in die Stube rannen. „Wärmt und trocknet Euch am Feuer und laßt Euch von Insen einen Imbiß geben.“
Die Alte nickte leise und schlug die Matrosenmütze, die sie abgenommen hatte, gegen die Bettfüße, daß die Regentropfen nur so flogen. Dann holte sie aus dem Regentropfen ihrer alten Matrosenjacke über der unfaulenden Bonntie eine kurze Tompfeise, und hielt sie Jens mit der Gebärde des Stobens entgegen.
„Plagt dich der Teufel, Weib. Scher dich raus.“
Fortsetzung folgt.

Wittigs Gasthof in Lichtensee.

Sonntag, den 9. März, 8 Uhr

Theater der Stadt Riesa.

Nicht zu verwechseln mit den bis jetzt erfolgten Piktanten-
aufführungen. — Nur für Pachtstücke!

Benn Chemänner schwindeln

oder: Hilmachelunne, Schwank in 3 Akten.
4 Uhr nachm.: Extravortellung für Kinder u. Erwachsene
Der sächsische Prinzenraub

oder: Kunst von Kaufungen und der Ködler.
Vorverkauf im Gasthof: Num. Bl. 2 M., unnum. Bl. 1 M.
Nachmittagspreise: 50, 40 u. 30 Wp. Erwachsene zahlen
doppelt. Direktion: Familie Richter.

Achtung! Gasthof zu Gröba. Achtung!

Sonnabend, den 8. März 1919

Bobe's Sänger.

Aus dem Felde zurück. Geklassifizierte Herrengesellschaft.
Gegr. 1896. Im Besitze des Kunstschines.

Hochfeines urkomisches Programm.
Wer lachen will, muß kommen.
Eintritt 6 Uhr, Anfang 7 Uhr.

Vorverkaufskarten zu 1.20 W. sind bis 8 Uhr im Konzert-
lokal zu haben. An der Kasse erhöhte Preise.
Es laden freundlich ein P. Grohe, Bobe-Sänger.

Seerhausen.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Seerhausen und
Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich meinen

Bäckerbetrieb

am heutigen Tage wieder eröffne.
Es wird wieder mein Bestreben sein, meiner werthen
Kundschaft nur gute Ware zu liefern und bitte, mir das
früher geschenkte Wohlwollen auch jetzt wieder zu übertragen.
Achtungsvoll

Bäckermeister Emil Weiß und Frau.

Für die uns anlässlich unserer Verlobung
dargebrachten freundlichen Glückwünsche und
Geschenke sagen zugleich im Namen unserer
Eltern herzlichsten Dank.
Schönig u. Lüttemis, März 1919.
Olma Beger
Curt Grohe.

Für die uns zu unserer Vermählung in so
reichem Maße von Nachbarn, Freunden und
Bekanntem erwiesenen Aufmerksamkeit
danken herzlichst.
Croschik-Dobernik,
Mar Nikol und Frau, geb. Wolf.

Nachruf!

Infolge Unglücksfalles verschied am 4. März
1919 infolge lieber Kollege und Mitarbeiter, Herr

Kurt Kunz.

Durch sein williges und freundliches Wesen
hat er sich die Achtung und Wertschätzung aller
seiner Vorgesetzten und Kollegen erworben.
Wir werden ihm stets ein ehrendes An-
denken bewahren.

Die Vorgesetzten und Kollegen
der Elektro-Abt. d. A.-G. Lanchhammer
Abt. Riesa.

In der Nacht vom 5. zum 6. 3. entschlief
nach langen schweren, in Geduld getragenen
Leiden im Krankenhaus zu Riesa mein lieber,
guter Mann, unser freudigster Vater, Schwie-
ger, Großvater u. Onkel, der Schuhmachermeister.

Gustav Adolf Schmidt

im Alter von 82 Jahren. Im tiefsten Weh
die schwergeprüfte Gattin
Wilhelmine verw. Schmidt und Kinder,
Gröba, den 7. März 1919.
Die Beerdigung erfolgt Sonntag, den 9. 3.,
1 Uhr von der Gröbaer Friedhofshalle aus.

Heute vormittag entschlief sanft nach langem,
schwerem Leiden mein lieber Vater, unser guter
Vater, Schwieger- und Großvater, der pens.
Oberlehrer

Wilhelm Lamm

Veteran von 1870/71.
Dies zeigt zugleich im Namen der übrigen
Hinterlassenen Schmerzgefühl an
Reu weida, am 6. März 1919
die tieftrauernde Gattin Bertha Lamm.
Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags
3 Uhr in Riesa von der Friedhofshalle aus statt.

Vereinsnachrichten

S. Militärverein Riesa und Umgebung. Die Beerdigung
unseres Kameraden Karl Wilhelm Lamm findet Son-
ntag nachmittags 3 Uhr statt. Stellen hierzu 1/3 Uhr
im Rest. Goldner Engel. Um Ehrenleit wird gebet.
Verband der unteren Volkswarten, Cetzsdorfer Riesa.
Sonntag, den 9. d. Mts. Monatsversammlung im
Gasthaus Stadt Dresden. Beginn 4 Uhr.
Riese "Sport" im Kasino. Turnverein Riesa. Sonn-
abend, 8. März, 8 Uhr Versammlung. Karolen.
Gesellschaft "Fidelitas". Dienstag, den 11. 3. abends
7 1/2 Uhr Versammlung im Vereinslokal Café Stadler.
Tagesordnung: Anmeldungen. Bericht der Kassenprüfer.
Abrechnung. Vorklänge nächster Veranstaltungen, so-
wie Entgegennahme von Einladungsentscheidungen.
Sächs. Militärverein Riesa und Umgebung. Zu dem
am Sonntag, den 9. März, stattfindenden Begräbnis-
abend sind alle Kameraden herzlich eingeladen.
Sächs. Militärverein Reithau und Umgebung. Sonntag
abend 7 Uhr Versammlung bei Kamerad Tentisch.

Röderau, Promnitz und Moritz.

Sonntag, den 9. März 1919, nachm. 5 Uhr
im Waldschlößchen Röderau

Begräbnisfeier der heimgekehrten Krieger

bestehend in Konzert, Ansprachen und Ball
wozu alle erwachsenen Einwohner der 3 Gemeinden her-
zlich eingeladen werden. Der Festausichuß.

Gasthof Gröba.

Sonntag, den 9. März, großes
öffentliches Fastnachts-Veranstalten
mit Kostiken usw. Anfang 4 Uhr.
Dazu ladet freundlich ein der Gesamtvorstand
des Wohltätigkeitsvereins Sächs. Fechtschule
Verband Gröba.

Gasthof zum Schiffchen, Strehla.

Sonntag, den 9. März
feine Ballmusik (Streichmusik)
von 3-7 Uhr Tanzverein. H. Scholz.
Dazu ladet erachtet ein

Gasthof Münderitz.

Sonntag, den 9. März, nachm. 3 Uhr
großes Preis-Staten
wozu freundlich einladet Max Neusch.

Achtung! Sie kommen! Achtung!

Alte Post, Stauditz.

Sonntag, den 9. März
Bobe's Sänger.
Geklassifizierte Herrengesellschaft: im Besitze des Kunstschines.
Schlager auf Schlager! Wer lachen will, muß kommen!
Nach dem für
Konzertbesucher ein Länzchen!
Anfang 7 Uhr. Vorverkauf bis abends 6 Uhr W. 1.20.

Strehla, Elbe

:: Fernsprecher Nr. 88 ::
:: Hotel am Bahnhof ::
Belsher: Arthur Kühne

Haarierseife

tem Erfolg, gut schäumend, 2 Probefläche Nr. 535 franko
inklusive Nachnahme. Oscar Graef, Goerlich Sattlger, 14.

„Künstlerische Schaubühne“ des Sächsischen Künstlerhilfsbundes Leitung: Maximus Rend.

Gasthof zum Stern in Riesa.

Sonnabend, den 8. März 1919 abends 7 Uhr 30:

„Der Weibsteufel“

Drama in 5 Akten von Karl Schönherr.

Vorverkauf: Herrn Johann Hoffmanns Buchhandlung, Hauptstraße 36.
Preise der Plätze und erläuternde Programme wie angekündigt.

Aufruf zur Sammlung

von Unterhaltungsspielen, wie etwa Damenbretter, Schach-
bretter, Dominos, Halmas usw., ferner gute Literatur, sowie
Zieh- und Mundharmonikas für das Sächs. Freiw.-Batt. 18.

Das Bataillon liegt als Grenzsicherung in Litauen, um den Volkswidernis der deut-
schen Heimat fern zu halten. Die Kompanien liegen als Feldwachen auf den russischen
Steppen sehr zerstreut und sind von aller Zivilisation abgeschnitten. Um den einzelnen
kleineren Truppenverbänden die ihnen in dieser Einsamkeit dringend nötige Zerstreuung zu
verschaffen, wird um tokenslose Zusage von oben angefordert, daß die Besatzung in
der letzten Überzeugung, daß es auch im neuen Deutschland sehr viele edle Spender gibt,
die diese Bitte verstehen und berücksichtigen werden, um unseren Kameraden das harte
Dasein gegenüber dem Feinde zu erleichtern.
Die Spenden bitten wir an

Frau Schlesier, Dresden-A.,
Reichenbachstraße 2, I.
Sprengel,
Hauptmann und Kommandeur des Sächsischen
Freiwilligen-Bataillons 18.

Matthes,
Bataillons-Soldatenrat.

Bezirkslehrerverein Riesa.

Sonnabend, d. 8. 3., nachm. 4 Uhr Eldterrasse. „Zeit-
genössische Schulfragen.“ Herr Volksbehrer. Buch Dr.

Allgem. Beamten-Verein Riesa.

Sonnabend, den 8. März, abends 8 Uhr im Hotel Hüpfner
Jahres-Hauptversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht des
H. B. V. 2. Jahres- und Kassenbericht des Aussch. für
F. Wdr. 3. Wahlen.
Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Wohltätigkeitsverein Sächs. Fechtschule Verband Merzdorf.

Sonntag, den 9. d. Mts., großer
BALL.
Anfang 5 Uhr.

Militärverein Merzdorf und Umgegend.

Am Sonnabend, den 8. d. Mts., ladet eine Begrüßung
der heimgekehrten Krieger mit anschließendem

BALL

statt. Es werden hiermit nochmals alle Kameraden von
Merzdorf und Umgegend, sowie deren Angehörige freundlich
einladen. Anfang 8 Uhr. Der Gesamtvorstand.

Reichsbund d. K.-B. und ehem. K.-T.

Sonnabend, den 8. 3. 1919, findet
Theater
im Waldschlößchen Röderau statt.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 1.00 Wp.
Sonntag, den 9. 3. 1919, im Gasthof Glanitz.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1.00 Wp.

Die Frau des Andern

Schwank in 3 Akten.

Kaninchen-Zucht-Verein Gröba und Umgegend

hält am Sonntag, den 9. März, sein erstes
Begrüßung
im Gasthof zum Anker ab. Beginn 5 Uhr
abends. Freunde und Kameraden sind herzlich
willkommen. Mitglieder weisen sich aus
durch's Buch. Der Gesamtvorstand.

Zwiebeln, rote u. gelbe Röhren

verkauft im einzelnen und
ganzenerweise zu Höchstpreisen
Ernestine Koch,
Reithau 51 b 3.

Speisemöhren

verkauft
Möbius, Seyda.

Kunfelrüben

sind zu verkaufen
Mehltheuer Nr. 42.
Zur Auslieferung
von

Last- und Landauerfuhren

empfiehlt sich
Paul Riese,
Fuhrgeschäft, Gröba,
Mühlweg 8. Telefon 541.

Zuckerrüben

hat abzugeben
Kroschke, Seutewitz.

Hotel Hüpfner.

Sonntag, 9. 3. 19.
Militär-Ballmusik.

Gasthof Mautitz.

Sonntag, den 9. März
Tanzfränzchen.
Anfang 5 Uhr. Dazu ladet
freundlich ein H. Röder.

Gasthof Boritz.

Sonntag, d. 9. März, ladet zur
Ballmusik
freundlich ein
Emil Stedde.

K.-Z.-Verein Riesa u. Umg.

Sonnabend, den 8. März,
abends 8 1/2 Uhr in Webers
Restaurant
Monatsversammlung.
Wichtige Tagesordnung. Er-
scheinen aller Mitglieder er-
wünscht. Der Vorstand.

Werkmeister-Bz.-V. Riesa.

Sonntag, den 9. März,
vormittags 10 Uhr
findet im Hotel Wettiner Hof
eine außerordentliche
Versammlung
statt. Das Erscheinen aller
Werkmeister, Techniker, sowie
technischen Beamten ist un-
bedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Freie Vereinigung Kampf- genossen

von 1870/71
zu Dresden.

Riesa und Umgegend.
Die Beerdigung unseres
Kampfgenosse Karl Wil-
helm Lamm findet Sonntag,
den 9. März a. e., nachmittags
3 Uhr statt. Stellen hierzu
1/3 Uhr im Rest. goldner
Engel. Um zahlreiches Ehren-
geleit bitten
der Gesamtvorstand.

Die heutige Nr. umfasst
6 Seiten.

Die Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Die Verhandlungen der Weisenhakenkommission in Spaa, das Lebensmittelabkommen betreffend, sind von unseren Unterhändlern abgebrochen worden, weil die Entente keine Garantie für eine ausreichende Zufuhr übernehme will, trotzdem aber die Abgabe unserer gesamten Handelsflotte verlangt. Die Weisenhakenkommission hat bisher noch nicht abgesehen. In Weimar hat diese Nachricht übrigens nicht weiter übersehen, da man längst gewillt war, eine gewisse Grenze, die Bewilligung der Ententeforderungen betreffend, nicht mehr zu überschreiten.

Die Entscheidung der Reichsregierung. Auf Grund des Verlaufs der Verhandlungen in Spaa am 4. März übermittelte die Reichsregierung in Weimar am Vormittag des 5. März folgenden einstimmigen Beschluß als endgültige Instruktion an ihre Unterhändler in Spaa:

Die deutsche Handelsflotte wird zur Verfügung gestellt, sobald durch bindende Verträge mit den Alliierten die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte sichergestellt ist. Die deutsche Kommission erhält die Ermächtigung, den Vorschlag, 100.000 Tonnen Getreide in Argentinien zu kaufen, anzunehmen und dafür 100.000 Tonnen Schiffraum für Deutschland zu reservieren.

Sollten die Verhandlungen total scheitern, sind die deutschen Unterhändler ermächtigt, nach Abschluß sämtlicher Verträge zur Belieferung von 270.000 Tonnen Lebensmittel, 270.000 Tonnen Schiffraum zur Verfügung zu stellen. Deutschland braucht bis zur Ernte ca. 2 1/2 Millionen Tonnen Lebensmittel und stellt dafür 2 1/2 Millionen Tonnen Schiffraum zur Verfügung. Die Menge der zu liefernden durch Vertrag sichergestellten Lebensmittel muß parallel gehen mit dem Umfang des von uns zur Verfügung stehenden Schiffraumes.

Sechste Sitzung über die Lebensmittelversorgung Deutschlands in Spaa.

Am Nachmittag nach Entschluß dieser endgültigen Instruktion führte in der Sitzung der Weisenhakenkommission in Spaa die deutsche Kommission die Besetzung der Lebensmittelversorgung Deutschlands mit Lebensmitteln vor. Dies sei einer der Gründe für die Annahme der überaus harten Bedingungen des Weisenhakenabkommens gewesen. Aus allen früheren Abmachungen, die von Unterhändlern von Braun im Einzelnen geführt und erläutert wurden, geht hervor, daß die Alliierten unter dem Vorbehalt der Erhaltung der Monarchie Abmachungen der Lebensmittelversorgung Deutschlands ins Auge faßten wollten. Ebenso sah auch nach der Meinung der Alliierten die Schiffahrt, Lebensmittel-, Finanzabkommen ein untrennbares Ganzes bilden sollten. Deutschland wolle durch Ablieferung der Handelsflotte vorziehen, ehe die Einfuhr der Lebensmittel erfolge. Es könne aber nicht diese Vorleistung Deutschlands verlangt werden, ohne daß die Zufuhr der Alliierten versagte, daß die Einfuhr auch tatsächlich erfolge. Dieser habe Deutschland keine einzige Tonne Lebensmittel von den Alliierten über alle Verrechnungen erhalten. Vielmehr sei die Hungerkatastrophe durch Verschärfung der Blockade noch härter angezogen worden. Deutschland wolle gern an den guten Willen der Alliierten Regierungen für fernere Lieferungen glauben. Aber als es sich gegen eine Verhinderung oder Verschärfung des Weisenhakenabkommens wendete, habe man ihm vorgehalten, daß noch Krieg sei. Deutschland habe dieses Argument nicht übersehen, wenn es sich entschließen will, seine Handelsflotte zur Verfügung zu stellen ohne irgendwelche bindenden Zusagen, so nicht einmal substantiierte Erklärungen der Alliierten über weitere Versorgung zu besitzen. Deshalb sei der deutsche Standpunkt, die Handelsflotte zur Verfügung zu stellen, sobald durch bindende Erklärungen der assoziierten Regierungen die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte sichergestellt ist.

Um aber die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen zu geben, wird Deutschland vorgeschlagen, gegenüber den von den Alliierten in Aussicht gestellten geringen Lebensmittellieferungen eine teilweise zur Verfügungstellung der Handelsflotte vorzunehmen und sofort bei dem Vorhandensein eines definitiven Versorgungsplanes den Rest der Flotte auszuliefern.

Der englische Vertreter Brown gab darauf die schriftliche Erklärung ab, daß — die unmittelbare Ablieferung der gesamten deutschen Handelsflotte vorausgesetzt — die Abgabe der assoziierten Regierungen vorliege, die Versorgung Deutschlands von Monat zu Monat zu erleichtern, vorbehaltlich der Entscheidung des Obersten Rates über die Mengen und Bedingungen der Lieferungen. Zweck der Abgabe der deutschen Handelsflotte sei die Versorgung Deutschlands und des übrigen Europa mit Lebensmitteln. In erster Linie werde die Versorgung von 270.000 Tonnen genehmigt und die Frage weiterer Lieferungen werde dem Obersten Rat zur Entscheidung vorgelegt. Der Oberste Rat würde die Entscheidung über die Zulassung der deutschen Handelsflotte, die Zulassung der assoziierten Regierungen, ein Erlaß Deutschlands über weitere Nahrungsmittelelieferungen in unmittelbarer Zukunft in Erwägung zu ziehen, unter Voraussetzung befriedigender finanzieller Abmachungen.

Unterstaatssekretär von Braun entgegnete auf diese Erklärung, daß dadurch die weitere Versorgung Deutschlands von drei weiteren Faktoren abhängig gemacht sei. In der Schweiz blieben ausdrücklich die Mengen, die Bedingungen und die finanziellen Abmachungen über die Lieferungen. Außerdem seien diese noch der Entscheidung des Obersten Rates vorbehalten, mit dem Deutschland keine Verhandlungsmöglichkeit habe. Herr von Braun kam nochmals auf seinen Vorschlag über eine teilweise Ablieferung der deutschen Handelsflotte zurück und erklärte, daß Deutschland ohne Zusicherung für eine definitive Versorgung keine Abgabe der Handelsflotte zu einer sachlichen Entloftung seiner Lebensmittelvorräte habe. Durch diese Unsicherheit werde es gezwungen werden, die Nationen der noch vorhandenen Vorräte auf eine weitere Hungerquote herabzusetzen. Die Frage der Zulassung der Lebensmittelversorgung sei eine Frage auf Leben und Tod für Deutschlands Bevölkerung, von der schon jetzt 800 Menschen täglich an Hunger sterben. Keine Regierung werde es verantworten können, diesen Zustand zu verewigen und Deutschland würde sich ohne die Sicherheit, daß die Alliierten helfen, den letzten Mitteln berauben, sich selbst zu helfen. Herr von Braun wies nochmals darauf hin, daß Deutschland sofort bereit sei, seine Schiffe auszuliefern, sobald eine bindende Zusicherung für die gesamte Lebensmittelversorgung Deutschlands erfolgt ist.

Auf diese Ausführungen erklärte Admiral Hove, daß die assoziierten Vertreter keine Vollmachten hätten weiterzugeben, als sie bereits angehängt hätten. Sie müßten verlangen, daß Deutschland keine unterzeichneten Abmachungen ausführe. Eine Vollmacht zur Abänderung dieser Verträge habe die Kommission in Spaa nicht. Wenn die deutschen Vertreter keine weiteren Instruktionen von ihrer Regierung hätten, um auf die Vorschläge der Alliierten einzugehen, schlage er vor, daß die Verhandlungen abgebrochen würden und die Vertreter der Alliierten nach Paris zurückkehren.

Unterstaatssekretär von Braun erklärte darauf, er habe es für wenig wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung in dieser Lebensfrage für das deutsche Volk nachgeben könne. Da weiteres Verhandeln zwecklos erschien, wurden die Verhandlungen abgebrochen. Daraus sind die beiderseitigen Kommissionen von Spaa abgetrennt.

Es handelt sich bei dem Abbruch der Verhandlungen lediglich um die Verhandlungen über das Lebensmittel-, Schiffahrts- und Finanzabkommen, nicht um die allgemeinen Weisenhakenabhandlungen. Es ist aber die Möglichkeit nicht ganz von der Hand zu weisen, daß die Entente, da die deutsche Regierung die Abgabe hat, fest zu bleiben, diesen Abbruch auch zu einer Kündigung des Weisenhakenabkommens benutzen könnte. Eine solche Kündigung ist aber, entgegen umlaufenden Gerüchten, noch nicht erfolgt.

Sächsische Volksammer.

D. S. Dresden, 6. März 1919.

Präsident Frickhoff gibt den Arbeitsplan für die nächste Woche bekannt. In Punkt 1 der Tagesordnung, die Interpellation der Abg. Dr. Renke-Glückert, Dr. Reinhold und Gen., das terroristische Treiben in Leipzig betreffend, beginnt.

Abg. Dr. Renke-Glückert (Dem.) die Interpellation. Die Ereignisse in Leipzig seien das Bild einer Seite, die sich durch ganz Deutschland ziehe. Es handele sich dabei um einen Kampf gegen die Nationalversammlung. Er nimmt energig Stellung gegen den Hauptführer der Leipziger Bewegung, Dr. Bauer. Nur unter dem Einfluß des Terrorismus seien die Leute in den Streik hineingedrängt worden. Die Beamtenkassier der Eisenbahn habe von einem Streik absolut nichts wissen wollen. Man habe die größte Angst vor Veränderungen, da an die unabhängige Arbeiterkassier Waffen ausgegeben worden seien. (Hört, hört!) Dem Gegenstreik der Bürgerlichen könne er nicht ganz zustimmen, aber Gewalt müsse mit Gewalt bekämpft werden. Weiter spricht er lobend über die vom Oberbürgermeister Dr. Nolke getrollten Reden in Bezug auf Lebensmittelversorgung der Stadt Leipzig, befürchtet aber, daß doch in den nächsten Tagen die allerschwersten Nahrungsmittel eintreten werde. Seine Mitteilung, daß der Leipziger A- und S-Rat gestern der Stadtkasse 400.000 Mark entnommen und an die Arbeiterkassier zur Verteilung gebracht hat, löst im ganzen Hause, mit Ausnahme der äußersten Linken, die größte Entrüstung aus; er bittet daher die Regierung, diesem terroristischen Treiben mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten.

In Punkt 2 befragt der Abg. Dr. Reinhold (Dem.) die Interpellation, betreffend die Wiederherstellung der Pressefreiheit in Leipzig. Er stimmt den Ausführungen des Vorgesetzten zu und verurteilt die Aufhebung der Pressefreiheit in Leipzig. Diese geistige Blockade sei nicht zu verantworten. Im Interesse der ganzen Leipziger Bevölkerung bittet er die Regierung, die Pressefreiheit in Leipzig wieder herzustellen. Darauf erwidert

Minister Dr. Gradner das Wort zur Beantwortung der beiden Interpellationen. Er erkennt die Empörung, die aus den Reden der beiden Vorgesetzten spricht, in vollem Maße an und widerlegt die Meinung, als ob die Regierung nicht das nötige Verständnis für das Anwachsen der terroristischen Bewegung in Leipzig hätte. Dann fährt er fort: Die sächsische Regierung, und — er glaube sagen zu dürfen — auch die Reichsregierung, habe ihre Aufmerksamkeit in bestem Maße und andauernd auf die Verhältnisse in Leipzig gerichtet. Leipzig habe seit längerer Zeit eine eigentümliche Entwicklung zu verzeichnen. Die Leipziger Arbeiterkassier habe früher eine führende Rolle in der deutschen Arbeiterbewegung gespielt. Aber die neue Entwicklung der Verhältnisse in Leipzig zeige, wie man immer weiter von der Besonnenheit und Besinnung abweiche. Jeder A- und S-Rat müsse sich doch in das Gange einfügen. Überall in Deutschland, wo die unabhängigen Sozialdemokraten nicht mehr im Stande waren, die Gemüter zu beherrschen, machten sich diese Erscheinungen bemerkbar. Diese Zustände in Leipzig trübten aber jeder Fortschritt. Der Minister deckt dann ein Schreiben von Parteifreunden aus Leipzig, das die schlimmsten Drohungen enthält. (Hört, hört!) laute Entrüstungsdialekt! Er tritt unbedingt für die Pressefreiheit ein, und wendet sich energig gegen die jenseits stehenden Kräfte, die in Leipzig an Werke sind. Die jetzige Regierung wolle, daß die Ertragsverhältnisse der Revolution nicht nur gelichtet werden, sondern daß sie auch weiter ausgebaut werden, aber nicht im sozialistischen Sinne, sondern mit Ruhe und Besinnung. Er kommt dann auf die Generalkassier und ihre Bergangeneid zu sprechen. Die Begünstigung dieses Streiks sei eine Tadelnde gegen den gewaltigen politischen Einfluß, den die deutsche Arbeiterkassier auf Grund der Wahlen überall erreicht hat. Die Sozialisten seien die Totengräber des Sozialismus. Von einer Gegenrevolution könne keine Rede sein, aber die Treibereien der Sozialisten könnten dazu führen. Der Minister spricht dann die Hoffnung aus, daß in Leipzig die besonnenen Elemente der Bevölkerung doch wieder die Oberhand bekommen werden und daß die Möglichkeit zu Verhandlungen bald eintreten möge. Der Minister schwört, daß er in diesem Zweck heute nach Leipzig gefahren sei, um zu beobachten, wenn die Regierung gezwungen wäre, in Leipzig, dieser blühenden Handels- und Industriestadt, auf die man immer stolz war und heute noch stolz sei, militärisch einzugreifen, wie dies in anderen Städten geschehen sei. Hoffentlich werde die Leipziger Bevölkerung selbst zur Einsicht kommen. Er appelliert zum Schluß an die Einsicht aller Vertreter des Hauses, auch der äußersten Linken, daß schließlich in Leipzig für bessere Verhältnisse gefogert werden müsse. (Bravo!)

Die Kammer nimmt die beiden Anträge einstimmig an und es kommt zur Aussprache.

Abg. Riffel (Unabh.): Die Revolution sei zum Zweck der sozialistischen Republik geführt worden. Die Nationalversammlung beweise aber das Gegenteil, sie sei die Organisation des Bürgerkriegs. Darum hätten auch die Streiks ihre volle Berechtigung. Die Waffenvertilgung an der Leipziger Arbeiterkassier sei zur Scherbe der Bevölkerung, zur Ausföhrung vom Sicherheitsdienst geschehen. Richter über die Arbeiterbewegung zu sein, sehr dem Parlament nicht zu.

Abg. Müller-Chemnitz (Soz.): Das Recht des Streiks könne man den Arbeitern nicht nehmen. Ob die gegenwärtigen Bewegungen jedoch die Lage der Arbeiter verbessern würden, könne dahingestellt sein.

Abg. Kammeisberg (D. N.) verbreitet sich über die Begleiterscheinungen der Streiks. Er hätte von der Regierung zur Klärung der Lage in Leipzig bestimmtere

Vorschläge erwartet. Ohne Verzögerung müßte der Stadt Leipzig sofort Hilfe gesandt werden.

Abg. Dr. Kaiser (D. N.): Die Gewalt Herrschaft in Leipzig könne niemand im Hause billigen. Arbeiter wendet sich scharf gegen die Eigenmächtigkeiten der jetzigen Leipziger Machthaber. An die Gegenrevolution dürfte kein vernünftiger Mensch denken.

Abg. Dr. Barge (Dem.): Die Leipziger Industriellen wären bereit gewesen, den Arbeitern in weitgehender Weise entgegenzukommen, aber der unabhängigen Sozialdemokratie fehle der gute Wille, es zu einem Günderründnis kommen zu lassen. Die unheilvolle Welle, die über Deutschland hereingebrochen sei, gehe nicht von Deutschland aus, sondern sei von Rußland gekommen.

Abg. Schäfer (Unabh.) nimmt Stellung zu den Ausführungen vom Abg. Dr. Renke-Glückert. Er glaubt, daß es der jetzigen Regierung gelingen würde, eine Verhinderung zu erzielen.

Minister Reuring. Das Ziel der unabhängigen Sozialdemokratie, an Stelle der sozialdemokratischen Volksvertretung ein RäteSystem einzuföhren, werde ihr nie gelingen. Er schlägt darum dieser Partei vor, diese Treibereien doch vorläufig zu unterlassen, bis wir eine gefestigte Regierung auf demokratischer Grundlage hätten, dann sei durch Verhandlung mehr zu erreichen.

Minister Darnitz. Er werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln nach der Aufrechterhaltung einer geordneten Rechtspflege streben und allen verbrecherischen, willkürlichen, terroristischen Ausschreitungen energig entgegenzutreten. Dabei bitte er um die Unterstützung des ganzen Hauses.

Abg. Beda (Dem.). Es sei eine feststehende Tatsache, daß im Leipziger Streik die Sicherheitswehr zur Erzwingung des Streiks herangezogen worden wäre. Er und seine Partei erwarteten daher von der Regierung, daß sie für Freiheit und Ordnung Sorge trage.

Abg. Lange-Leipzig (Soz.) glaubt nicht, wie Abg. Schäfer, daß es zu einer Verhinderung kommen werde. Der Terror werde jetzt angewandt, nicht um die Staatsrechte zu schützen, sondern zu zerstören. Nur zielbewusste Arbeit im sozialdemokratischen Sinne könne uns vor dem völligen Zusammenbruch retten. (Bravo! Sehr richtig!)

Abg. Claus (Dem.) tritt für die Leipziger Beamtenkassier ein.

Abg. Müller (Unabh.) verteidigt die Interessen der Arbeiterkassier. Im Schlußwort widerpricht

Abg. Dr. Renke-Glückert (Dem.) den Angaben der Abg. Riffel und Lange-Leipzig betreffend der Leipziger Vorgänge.

Abg. Richter (Soz.) erklärt, ein Zusammenarbeiten der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen sei nach der heutigen Debatte unmöglich. Daraus verliert

Vizepräsident Dr. Dietel ein bereits eingegangenes Erklärungsblatt aus Berlin, wonach die Verhandlungen in Spaa wegen Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland abgebrochen seien.

Abg. Fellisch (Soz.) begründet zu Punkt 3 den Antrag des Abg. Arzt und Gen. auf Erhebung eines Protektes gegen die fernere Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen. Er protestiert eindringlich gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen.

Zu Punkt 4, allgemeine Vorbereitung über den Antrag des Abg. Weis und Gen., die Freigabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen betreffend, begründet den Antrag

Abg. Weis (Dem.) und verlangt energig die Freigabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen. In der einstimmig angenommenen Schlußberatung treten

Abg. Riffel (D. N.), Abg. Dr. Kaiser (D. N.), Abg. Müller-Leipzig-Schleusig (Unabh.) und Abg. Schierfand (Dem.) ebenfalls für die Freigabe unserer Gefangenen ein.

Zu Punkt 5 und 6 wird eine Rundgebung der sächsischen Volksammer an die Reichsregierung beschlossen und einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr nachmittags. Nächste Sitzung Freitag.

Zur Lage.

Die wüste Mache Amerikas. Präsident Wilson sagte in seiner Rede am 4. Februar u. a.: Welch eine wüste Mache, die wir an der Welt genommen haben. Sie lachten über uns. Aber sie dachten, daß wir es mit unserem Bekenntnis und Grundtatsachen nicht ernst meinten und sie dachten so bis April 1917. Es erschien ihnen kaum glaublich, daß wir mehr tun würden, als ein paar Leute über See zu schicken und so zu tun, als ob wir helfen wollten. Die wüste Mache befehrt darin, daß wir an Gerechtigkeit glauben und daß wir wußten, daß wir bereit sind, ihr auch das größte Opfer zu bringen. So lehre ich mit neuer Kraft auf die andere Seite des Meeres zurück. Ich glaube, daß wir der Zukunft mit großer Zuversicht entgegen sehen können. Die Menschen haben endlich eingesehen, daß das einsame dauernde Gut der Welt die Gerechtigkeit ist und daß eine solche Regelung nur zeitweilig sein kann, weil sie auch nur zeitweilig sein darf. Es wird der Tag kommen, wo die Menschen in Amerika geborenen Herzen und mit Stolz auf die Tatsache zurückblicken werden, daß sie das Vorrrecht hatten, das Opfer zu bringen, das notwendig war, um ihre Macht und ihre moralische Kraft mit der Sache der Gerechtigkeit für alle Menschen auf der ganzen Welt zu verbinden. Gott gebe uns Kraft und Einsicht, unseren Plan weise auszuführen. Gott gebe uns das Vorrrecht, einzulernen, daß wir es taten, ohne an den Preis zu denken, weil wir echte Amerikaner, Freunde der Freiheit und des Rechtes waren. Vor der Rede Wilsons hatte der frühere Präsident Taft sich in seinem und im Namen der League zu enforce peace ausgesprochen.

Die verfassunggebende Nationalversammlung Deutschlands. Der auch der aus Berlin zurückgekehrte Staatssekretär Dr. Bauer beimohnte, wählte den Sozialisten Georg um ersten, und den Christlichsozialen Dauter zum 2. Präsidenten. Die Wahl des Vizepräsidenten wurde verschoben. Seit gedachte in seiner Ansprache unter dem lebhaften Beifall des ganzen Hauses der Millionen Präsidents in Deutschböhmen und im Sudetenlande und in Deutsch-Südtirol. Staatskanzler Renner begründete die Vorlage für die Staatsform und das befehrt Staatsgebiet. Der Redner richtete dabei einen Appell an die Demokratien des Westens, das Unrecht an den besetzten deutschen Gebieten nicht zuzulassen und nicht zu dulden, daß vier Millionen Deutsch-Österreicher wie Schachfiguren mit freier Hand oder gewaltsam wie Opfertiere unter eine andere Staatlichkeit geschoben würden. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 11. dieses Monats statt.

England und die Entschädigungsforderungen an Deutschland. Reuters meldet aus London: In einer in der Gesellschaft der Bankiers gehaltenen Rede führte der Direktor der Bank von England zur Frage der Kriegsentchädigung

aus, das eine Straftat als solches nicht ist. Es sei ganz klar, daß ein wirtschaftlich zum Krumpfen gemachtes Deutschland keine Entschädigung zahlen könne. Die Annahme, daß man eine Gewähr für den Frieden habe, wenn man eine Nation zum Krumpfen mache, ist ein Hirngespinnst. Deutschland habe zweifellos in der Vergangenheit England merkwürdige Pläne im Schiffbau, Versicherungs- und Bankwesen geleistet. Aber wie soll es das in Zukunft tun, wenn es seiner Schiffe beraubt sei und es den Deutschen verbieten werde, England zu betreten. Die gegenseitige Abhängigkeit der Nationen mache es unmöglich, Deutschland verdrängen zu lassen, ohne auch bis zu einem gewissen Grade England lahmzulegen. Um einen Höchstbetrag an Entschädigung zu erlangen, dürfe diese nicht über Deutschlands Steuerkraft hinausgehen und man müsse Bedingungen stellen, die beim Schuldner die Hoffnung, daß er den Betrag in absehbarer Zeit einlösen könne, lebendig erhalten. — Einer Reutermeldung zufolge lagte Bonar Law im Unterhaufe: Der Bolschewismus könne nur Geld vorbereiten, und zwar hauptsächlich in der Klasse, die am meisten der Unterstützung bedürftig. Ferner erklärte er, daß über den Betrag, den Deutschland als Entschädigung zu zahlen habe, Meinungsverschiedenheiten entstehen könnten. Lord Milner habe selbst gesagt, daß man einige Beiträge, wie sie von verschiedenen Seiten genannt worden seien, unmöglich fordern könne. Das wolle aber nicht sagen, daß die Regierung nicht auf dem Standpunkte stehe, daß Deutschland die Kriegskosten bis zur vollen Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen müsse. An der Berechnung dieser Forderung könne kein vernünftiger Mensch zweifeln. Wenn Deutschland nichts zu zahlen brauche, würde es vor den Ländern, die es ausgeplündert habe, einen Vorprung besitzen.

Ein neues Attentat in Paris. Laut Havasmeldung hat vorgestern vormittag ein Handelsangestellter in den Ehrenhof des Elysée hineingeschossen, ohne jemanden zu treffen. Der Angestellte, ein russischer Jude, hat erklärt, er habe eine politische Racheaktion machen wollen. Der Strauß George ist in Paris eingetroffen.

Der Streik der Ozeanarbeiter in Newport, durch den die Uebersee- und Küstenschiffahrt stillgelegt worden sind, dauert an.

Sibirien.
Sibirienbahnunglück. Aus Reddinghausen wird gemeldet: Gestern morgen entgleitete auf Bahnhof Eilenrieden der Damburger D-Zug. Eine schadhafte Weiche legte sich während der Fahrt um und trennte den Zug in zwei Teile. Ein auf dem Nebengleise fahrender Güterzug fuhr auf die mittleren D-Zug-Wagen auf. Mehr Personen wurden schwer verletzt. Auch der Güterzug wurde schwer beschädigt. 8 bis 10 Wagen liegen zertrümmert auf dem Bahndamme.

Entdeckung von Petroleumquellen in England. Wie aus London dem Journal berichtet wird, sind ungeheure Mengen Petroleum auf den Bergungen des Herzogs von Devonshire in Derbyshire entdeckt worden. Einer der bedeutendsten englischen Geologen stellte fest, daß es hier mehr Petroleum gibt, als im ganzen Staat Pennsylvanien. Wenn man bedenkt, daß bisher ein Viertel der Welt von den pennsylvanischen Petroleumquellen versorgt wurde, kann man sich vorstellen, welche Bedeutung diese Entdeckung für die englische Industrie haben wird. Geologen glauben, daß sich auch in Staffordshire und Nottinghamshire bedeutende Petroleumfelder befinden.

Warnung.
Wenn Frau Gertrude Trieb in Döberitz mich und meine Töchter mit ihren Nachreden nicht in Ruhe läßt, werde ich gerichtliche Schritte in Anspruch nehmen.
Frau Hädel, Mieta, Standesbeamterin, 8.

Die Person,
welche Dienstag Abend die Person erkannt hat, wird gebeten, den Herrn selbst von der erkannten Person abzuholen. Näheres selbige sprechen.

Brieftasche,
rotes Leder, Hauptstraße-Schulstraße verloren gegangen. Wegen hohe Belohnung abzugeben
Schulstr. 15, st. 1.

Schwarze Krimmer-Box
am Fastnachtdienstag im Gasthof Gröba verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen in Gröba, Schulstr. 11 (Vörberer).

Verloren
wurde am Donnerstag nachm. vom Milchgeschäft Beulich bis Carolstraße eine Wäschebox. Bitte gegen Belohnung abzugeben im Milchgeschäft Beulich.

Bessere Wohnung
von alleinstehender älterer Dame für 1. Juli gesucht.
Offerten unter B X 1702
beizulegen Mieta I.

Wohnung,
Seitbahn oder Mäheran, per 1. Juli. Off. unt. J V 1709
an das Mietaer Tageblatt.

Größere Wohnung
für 1. 4. oder später zu mieten gesucht. Angebote unt. B X 1766 a. d. Tabl. Mieta erb.

Wohnung
für sofort oder bis 1. 6. (Preis bis 300 M.) zu mieten gesucht. Off. u. B X 1766
an das Mietaer Tageblatt erb.

50 Markt Wohnhaus,
mer mit sofort große oder kleine
Wohnung nachweis.
Angebote unter V X 1721
an das Mietaer Tageblatt.

Junger Mann sucht
Privatmittagelisch.
Offerten unter Q X 1766
an das Mietaer Tageblatt erbeten.

Schöne Wohnung
(Stube, Kammer, Küche) an kinderloses Ehepaar nahe Langenberg zu vermieten.
Adr. zu erfr. im Tabl. Mieta.

Wer leiht auf 4 Wochen
gegen 8 % Zinsen u. Sicherstellung mit Möbeln
600 M.
sofort? Offerten u. B X 1766
an das Mietaer Tageblatt erbeten.

Oftermädchen
aus Land gesucht. Näh. zu erfragen Wilhelmstr. 4.
Sauberes, ehrliches

Hausmädchen
mit etwas Kochkenntnissen für 1. od. 15. April gesucht
Pantstr. 36, 1.

Ein ehrliches Mädchen
das melken kann, sofort auf Land in Viehwirtschaft gesucht. Zu melden bei Frau Müller, Niederlagstr. 14.

Junge Mädchen
als Aufwartung für 1/2 Tag gesucht. Frau Schiefer, Dismarckstr. 23.

Suche in gute Stellung
nach Dresden ein tüchtiges
Mädchen,
18-22 Jahre. Zu melden Sonnabend von 4 Uhr an bei Hottelmeister Förster, Zeitzean.

Zum sofortigen Antritt
wird ein junges freundliches
Hausmädchen
gesucht. Hotel Wettiner Hof.
22 jähriges Fr. l. a. g. Haus-
suche Stellung als
o. Stütze
in best. ruhigen Haushalt zu
älteren Leuten od. einzelner
Herrn p. l. April. Umgebung
Mieta bevorzugt. Offert. unt.
L X 1761 an das Tabl. Mieta.

2 tüchtige Schenken
für einen neu zu eröffnenden
Damenfriseur salon sol. od.
später gel. Eine Tisch-
bänke, Kornmarkt 6.

3 Wägen
zur Feldarbeit sucht, auch
zum Vermitteln,
Döberitz, Braunkb.

Aktiennachrichten.
Börse vom 10. März. — Gebetsstag für die Kriegsgefangenen.
Mieta. Vorm. 8 Uhr Gedächtnisfeier (Matth. 16, 21-26), dann
nach Abendmahl, hier (Paster Luthardt). Vorm. 11 Uhr Gedächtnis-
feier für Schwerhörige (Paster Friedrich). Nachm. 8 Uhr
Jugendgedächtnis (Paster Friedrich). Nachm. 8 Uhr
Ballan-Andacht (Paster Friedrich). Nachm. 1/4 Uhr Gedächtnis-
feier für die Kriegsgefangenen (Paster Friedrich). Kollekte für
die Kriegsgefangenen. Nachm. 1/2 Uhr Paster Friedrich, Wochen-
amt II Paster Luthardt. Mittwoch, 12. März, abends 7/8 Uhr
Bibelstunde (Paster Luthardt).
Brauereihandlung (Trindler). Sonntag 1/4 Uhr in der
Kapelle der Trinitatisstraße. Bitte willkommen.
Gedächtnis (Gebetsstag für die Kriegsgefangenen.) 8 Uhr Hildebrand-
mahlfeier. P. Winkler, 9 Uhr Gedächtnisfeier, P. Luthardt;
Kollekte für die Kriegsgefangenen. 9 Uhr Jugend-
gedächtnis. P. Luthardt. Nachm. 1/2 Uhr Paster Friedrich.
Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde in der Kirchschule.
P. Winkler.
Kollekte für unsere Gefangenen. Kollekte.
Hilfsmittel. 1/2 Uhr Abendmahlfeier, 9 Uhr Gedächtnisfeier,
1 Uhr Kindergedächtnis. Mittwoch Jungfrauenverein.
Selbstgebot. Vorm. 9 Uhr Gedächtnisfeier, P. Luthardt.
Kollekte für unsere Gefangenen.
Mittwoch, 1/2 Uhr Gedächtnisfeier (Gebetsstunde für die Kriegs-
gefangenen). Kollekte für dieselben. 1 Uhr Kindergedächtnis,
zu dem nur das 5.-8. Schuljahr eingeladen ist. 8 Uhr
Jungfrauenverein in der Plaza. Mittwoch abends 8 Uhr
Bibelstunde im Konfirmandensaal.

Auktion.
Sonntag, den 9. März a. c. von mittags 1 Uhr ab
gelangen in Weid a., am Ringer Nr. 8, wozugleich
durch Unterzeichneten nachfolgende, unterhaltene Gegen-
stände zur öffentlichen Versteigerung: 1 Kleiderkasten,
1 Glasarm, 1 Kommode, 1 Plüschsofa, 6 Hochühle,
1 Ausziehtisch, 1 Küchenschrank, 1 Nähmaschine, 1 Regal,
2 Bettstellen (1 mit Matratze), 1 Pfeifertisch, 1 Wand-
uhr (Fressschüler), 1 Sandwaage, 2 Sanduhrschüsseln,
1 Schürze, 1 Damentasche, 1 Wäschekorb, 2 Petroleum-
lampen, 1 Fingerring, 1 Röhrenrohr, Sand- und
Röhrenrohr u. a. m.
Mieta, Schulstraße 6. Fern. Scheide,
vereideter Auktionator und Taxator.

Gustav Thob, Samenhandlung in Zommatzsch
Telef. Nr. 60, empfiehlt zu den vorgeschriebenen Preisen
Frühste Zwiebeln, Karotten
Kartoffeln, halblange rote
Draufschweizer
Döberitzer Markt lange Krümbe
Waler (rote Riesen) la.
Robbischer goldgelbe Krümbe
Ferner: allerfrische und späten Weizen- und Roggen-
kohlman, sowie Kohlrabi, Kaiser-Wilhelm-Butter-
bohnen, Gutschnobeln. Sämtliche gangbare Gemüse-
sorten. Alle nanab. Sorten Runkelrübenstangen.

Wachtung! Schlagpferde!
Sucht jederzeit zu kaufen. Bei Notwendigkeiten
schleunigst zur Stelle. Veau. Transportiv.
Albert Mehlhorn, Gröba.
Telephon Mieta Nr. 685.

Schlagpferde
zu kaufen gesucht von Oskar Stein
Hochbläcker, Telefon 266.

Jeglicher
Verkauf von Britetts
im Landabsatz
gesperret,
da die und freigegebene Menge verkauft ist.
Trotzdem nach hier kommende Geschäfte müssen
zurückgewiesen werden.

Plessaer Braunkohlenwerke
G. m. b. H., Plessa.

Größeres Schulmädchen
zur Aufwartung gesucht
Döberitz Str. 31, 3. r.

Eine Waage
wird zum 15. März gesucht.
Mit Tuch zu melden bei
Döberitz, Mäheran.

Schulmädchen
zum Austragen von Zeitun-
gen für sofort gesucht.
Joh. Hoffmann,
Buchhandlung.

Tüchtige
Schiffbauer
für Holzschiffbau nach aus-
wärts bei hob. Lohn für so-
fort gesucht. Angebote unter
G X 1767 a. d. Tabl. Mieta.

Schreiberlehrling.
W. Offerten unt. N X 1768
an das Mietaer Tageblatt erb.
Ein junger Mensch, welcher
Lust hat Schuhmacher zu
werden, findet
gute Lehrstelle
bei Friedr. Meier, Schuh-
machermstr., Niederlagstr. 4.

Schuhmacherehrung
findet gute Bedienung.
E. Pönnel, Pantstr. 15.
Schuhmacherehrung
bei Tariflohn gesucht.
Rudr. Müller, Neugröba,
Bühnenstr. 10.

Ein Tischlergeselle
erhält Arbeit bei
Tischlermeister Wendt,
Lichtenfelde, Post Witzsch.
Sped.-Arbeiter
für dauernd sofort gesucht.
W. Gumlich.

Berufslandwirt,
51 J. alt, mit größeren Ein-
bern, sucht sofort oder 1. 4.
Stellung auf Rittergut oder
Vormort
**als Hofmeister
oder Gasspinnvogt.**
Off. Off. m. Lobmann, u.
T X 1766 an das Tabl. Mieta.

Junger Mann,
20 J. alt, aus d. Holz- u. Getr.-
Beruf, sucht 1. 4. 19
od. 1. 6. 19. Ang. erb. unt.
D X 1766 an das Tabl. Mieta.

Kausgrundstück
in Ochatz
am Altmarkt 8
in dem 72 Jahre die Satt-
lerei betrieben wurde.
Näheres dortselbst.

Gasthofs-Ver-
kauf.
Alters- u. frantheitshalber
verkaufe ich ausnahms-
weise meinen Gasthof
mit 10 Uder gutem Boden,
neuem Saal, Licht- u. Kraft-
anlage und sämtl. lebendem
und totem Inventar. Selbst-
käufer wollen sich mit mir in
Verbindung setzen.
H. Köber, Mantz.
Selbstkäufer sucht bald oder
später mögl. in Sachsen gut-
gebendes

Geschäft
klein, ob größeren Umfangs,
Stadt od. Land, d. Getreide,
Futter, Saaten, Kohlen-
und Tüngerbranche, evtl.
verbunden mit Wäscherei
ob Schneidemühle od. Mehl-
u. Holzhandel u. Tourage-
handel. Erwünscht ist ge-
räumiger dahingehörender
Raum. Ausdrückl. Angeb.
m. näh. Angab. über Preis,
Konkurrenz u. Zeitpunkt der
Uebernahme erb. u. H 860 an
Gasthof-Verkauf, Dresden.
Gewerbemäßige Ver-
mittler verboten.

Schreibergarten
wird zu pacht. gesucht.
Werte Offerten unt. F X 1766
an das Mietaer Tageblatt erbeten.

Eine Wirtschaft,
10-20 Uder, bei hoher An-
zahlung zu kaufen gesucht.
Offerten unter O X 1768 ap
das Mietaer Tageblatt erbeten.

hochtragende Ziege
oder eine mit Mädchen zu
kaufen gesucht. Zu erfragen
im Mietaer Tageblatt.

2 weiße Zickel,
passend zur Zucht, zu ver-
kaufen. Wahrens Nr. 29.
Verkauf wegen Ausg. d. Zucht
Sucht-
und **Schlagpferden**
Glaubitz Nr. 67.

Echte Schwarzlobbaffin
mit 4 Jungen
zu verkaufen
Großhainer Str. 18.
Gut gepflegtes
Reit- u. Wagenpferd
zu kaufen gesucht.
Geil. Angeb. unt. J W 1734
an das Mietaer Tageblatt erb.
Militär-Tuchhofs u. Drüll-
fack, beides neu, zu verkaufen.
Zu erfragen im Tabl. Mieta.
Grauer Wil.-Eigentums-
Nach u. -Blauie
zu verkaufen
Pantstr. 15.

Militär-Uniformen, Koffer,
Gamaschen, Schlafrack,
Reittattel sucht zu kauf. Stelle,
Dresden, Telephonstr. 8, 1.

Neuer Filzhut,
für Konfirmanden passend,
Größe 55 u. schwarzes Samet-
jackets l. schlichte Version zu
verkaufen Goethestr. 56, 2.

Ein Herrenrad
mit Gummibereifung
zu kaufen gesucht. Offerten
mit Preisangabe unt. F X 1768
an das Mietaer Tageblatt erbeten.

**Teilschreiber, auch Mehr-
schreiber. Barzahlung. Ange-
bote erbeten unter J V 9078
an das Mietaer Tageblatt erbeten.**

Vom
15.
17. Mts.
an

Göhliser Platz!
Bewerber melden sich bei
Herrn Schatz, Mäher-
straße 7, str. Die Borsellen
sind 250 gm a 3 Wg. Der
Betrag ist daselbst zu ent-
richten.
H. u. G. Rat Mieta.

**Ein G. Gegenstand mit
ein Klappstuhlwagen
zu verkaufen. Zu erfragen
im Mietaer Tageblatt.**

**Neuer Essschrank,
2 Ledertafeln
mit Marmor u. Glasgeh.
3 m u. 2 m, stehen zum Ver-
kauf.
Meißner Otto,
Gröba, Stadler Str.**

**Spieldose
od. Musikautomat
zu kaufen gesucht. Off. unt.
J X 1766 an das Tabl. Mieta.**

Guterh. Piano
org. sol. Rasse zu kaufen
erleicht. Off. unt. K X 1766
an das Mietaer Tageblatt.

**1 guterh. Konzert-
Bandonion**
mit Koffer.
Angebote unter B X 1767a
an das Mietaer Tageblatt.

Gelegenheitskauf!
Veränderungs halber such
6 Stück wenig abger. guterh. Holz-
Melkner Grundlösen
aus Weinland billig zu
verkaufen. Wo? sagt das
Tageblatt Mieta.

Ein Paninchenstall
zwei Boden und
ein 2. H. Sportwagen
billig zu verkaufen
Döberitz Str. 21, 1.

Elek. u. Kinderwagen
zu verkaufen
Döberitz Str. 61, 8.
Starker

3zöfl. Rungenwagen
mit Brettern zu verkaufen
Altmarkt 10.
Kleiner

Aderrwagen
oder Tafel- od. Kastenwagen
zu kaufen gesucht.
Offerten unt. M X 1766a an
das Mietaer Tageblatt erbeten.

Rauche
wird unentgeltlich ab-
gekauft, mögl. bequeme Ab-
fuhr. Offerten unt. O X 1764
an das Mietaer Tageblatt erbeten.

Wästige Haare
entfernt schmerzlos Güne's
Enthaarungspulver. 2.50
in A. B. Hennicke's Drogerie.

Kohlenabgabe
für Gemeinde Gröba.
Sonnabend, 8. d. M., von
früh 7/8 Uhr ab findet im
Gasthof Gröba Kohlenabgabe
auf die blaue Grundkarte
für Dezember statt.
Neyn, Zochopa.

Sonnabend früh von
8-12 Uhr
Kohlenverkauf
im Hofen auf restliche Januar-
märkte, sowie auf Nr. 1-100
Februarmärkte. Bro Monat
2 Str. 680 M.

Karl Galle, Gröba.

Riesa.

Von Sonnabend vorm. ab
erfolgt die Vergebung der
Borsellen auf dem

Göhliser Platz!

Bewerber melden sich bei
Herrn Schatz, Mäher-
straße 7, str. Die Borsellen
sind 250 gm a 3 Wg. Der
Betrag ist daselbst zu ent-
richten.
H. u. G. Rat Mieta.

Vom
15.
17. Mts.
an

Fönnen Sie mit dem Besuze
des Mietaer Tageblattes
beginnen. Verträge hier-
auf nehmen alle Zeitungs-
träger und die Geschäftsstelle
des Mietaer Tageblattes zur
Vermittlung an die Aus-
träger entgegen.